

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7020.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne  
 jeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigensprecher: Amt 1, Nr. 1500.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 6. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Emil Dierl.

Unser Kollege Emil Dierl, genaunt Roland, ist am Dienstagvormittag an den Folgen eines Herzschlages plötzlich verschieden.  
 Der Verstorbene war am 11. Dezember 1829 in München geboren, er hätte also am nächsten Montag sein siebzigstes Lebensjahr vollendet. Im Kreise seiner Kollegen und engeren Freunde war eine fröhliche Feier des Geburtstages unseres allgemein beliebten Mitarbeiters geplant. Jetzt hat der unverhofft eingetretene Tod durch diese Absicht einen Strich gemacht.  
 Dierl lernte, nachdem er die Volksschule verlassen, das Postamentierhandwerk. Schon mit seinem 19. Lebensjahre sagte er aber dem erlernten Handwerk Valet und wandte sich der darstellenden Kunst auf den „Breitern, die die Welt bedeuten“, zu.  
 In Süddeutschland, der Schweiz und Oesterreich gehörte Dierl, der als Schauspieler den Namen Roland annahm, den verschiedensten Stadt- und Saisontheatern an; nicht selten aber mußte er, um den großen Lebensunterhalt zu gewinnen, auch als Mitglied einer sogenannten „Schmiere“ durch das Land ziehen.  
 So von frühester Jugendzeit an mit den Schattenseiten des Lebens vertraut und gar oft von bitterster Not heimgesucht, schloß sich unser Freund sofort der socialdemokratischen Partei an, nachdem sich diese im Jahre 1899 auf Grund des Eisenacher Programms konstituiert hatte. Auf dem Kongress in Stuttgart 1870 vertrat er die Genossen in Wöhring. Ebenso war er als Delegierter 1874 auf dem Parteitag in Coburg anwesend. Während der zwölf Jahre des Socialisierungsgesetzes wirkte Dierl die erste Hälfte im stillen überall für uns, wo sein Beruf ihn hinführte; während der zweiten Hälfte übte er in Deggendorf a. d. Donau, wo er als Schreiber bei einem Rechtsanwalte beschäftigt war, seine Parteipflicht aus. Als mit der Zahl der wachsenden Jahre es dem Verstorbenen immer schwieriger wurde, passende Engagements zu finden, trat er im April 1892 in die Redaktion des „Vorwärts“ ein. Natürlich blieben ihm auch die Annehmlichkeiten eines Redakteurs unter der deutschen Reichs-Pressfreiheit nicht erspart. Dierl zeichnete 1895, zur Zeit als der Sedanpuls gelegentlich jenes fünfundsingzigjährigen Jubiläums besonders toll getrieben wurde, unser Blatt verantwortlich. Das Feuilleton über die Kirche mit der später weggewehrten Kamele-Inskript sowie ein Artikel, in dem der Militarismus nach Verdienst gekennzeichnet wurde, hatten seine sofortige Verhaftung zur Folge und brachten ihn vor die Brausewetterkammer. Unter dem Vorbehalt des wohl damals schon schwer Kranken und bald darauf im Wahnstadium zu Grunde gegangenen Landgerichtspräsidenten wurde der Angeklagte in mehreren Prozessen zu der unerhöht schweren Strafe von 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe wurde dann auf 15 Monate zusammengezogen. Dierl hat die lange Strafzeit in der Bastille am Pflögeersee abgehüllet.  
 Die harte Gefängnisstrafe konnte nicht ohne Rückwirkung auf die Gesundheit unseres Genossen bleiben. Seit seiner Entlassung kankerte er zuweilen. Trotzdem aber kam das plötzliche Ende uns allen überraschend. Hat der Verstorbene doch bis zur letzten Stunde pflichtgetreu auf seinem Posten gestanden.  
 Jetzt ist er aus unseren Reihen geschieden. Ein braver Kamerad, ein unerschütterlich überzeugter Parteigenosse ging von uns, sein Andenken wird von allen, die ihn kennen zu lernen Gelegenheit hatten, in Ehren gehalten werden.

### Keine Gewerbe-Aufsicht ohne organisierte Arbeiter.

Den preussischen Gewerbe-Aufsichts-Beamten ist bekanntlich durch den Erlass des „Ministeriums für Handel und Gewerbe“ vom 22. Januar 1896 verboten worden, mit den Beschwerdekommisionen der Arbeiter in amtlichen Verkehr zu treten. In Süddeutschland ist dagegen die Stellung der Gewerbe-Aufsichts-Beamten zu den Arbeitern eine ganz andere. So steht die württembergische Gewerbe-Inspektion mit den Vertrauenspersonen der Arbeiter in engster Fühlung. Ja, in dem neuesten Bericht über den 1. württembergischen Kreis wird ausdrücklich hervorgehoben, daß „auf Veranlassung der Gewerbe-Inspektionsbeamten für die Arbeiterinnen versuchsweise 23 weibliche Vertrauenspersonen aufgestellt“ wurden. Und derselbe Bericht schildert den Wert der Vertrauenspersonen mit folgenden Worten: „Durch die vermittelnde Thätigkeit der Vertrauenspersonen wird dem Gewerbe-Inspektor manchmal das nützlichste Material an die Hand gegeben, dessen Kenntnis ihn bei Revisionen in den Stand setzt, verborgen gehaltene Mißstände an den Tag zu bringen; auch ist nicht zu verkennen, daß durch die Vertrauenspersonen den Beamten die Annäherung an die Arbeiter erleichtert wird. Des weiteren dürfte die Thatsache, daß die Gewerbe-Inspektionsbeamten mit den Vertrauenspersonen regelmäßig verkehren, vielfach prophylaktisch (Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze verhütend) zu wirken geeignet sein.“  
 Das neueste aber ist, daß die württembergischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten einer, kürzlich in Stuttgart abgehaltenen Konferenz der Vertrauensleute der Arbeiter nicht nur beigewohnt, sondern sich auch dort an der Debatte in durchaus entgegenkommender Weise beteiligt haben.  
 Diese Konferenz, die von 28 männlichen und 4 weiblichen Vertrauenspersonen aus 25 Orten besucht war, beschäftigte sich mit der „Enquete der Gewerbe-Inspektion über die Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken und mit der Ver-

besserung und Erweiterung der deutschen Fabrikinspektion“. Daß diese wichtigen Angelegenheiten mit gründlicher Sachkenntnis behandelt worden sind, beweist die einstimmig angenommene Resolution. In ihr wird die heutige Gewerbe-Inspektion nach Umfang und Gründlichkeit als unzureichend bezeichnet; eine Besserung sei nur zu erwarten, wenn der gesetzliche Arbeiterschutz und die Gewerbe-Aufsicht in der, von den Arbeitern schon längst geforderten Weise ausgebaut und das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht beschränkt sondern erweitert werde.  
 Einer solchen Konferenz sprach, wie wir dem Bericht unseres Stuttgarter Parteiorgans entnehmen, Baurat Berner im Namen der Gewerbe-Inspektoren und Assistenten seinen Dank aus für die Einladung und zugleich auch für die Unterstützung, welche ihnen von den Vertrauensleuten und Arbeitern bei Ausübung ihrer Thätigkeit zu teil werde. Ja, noch mehr! Der Referent hatte hervorgehoben, daß die württembergische Gewerbe-Inspektion bei ihrer Enquete sich nicht wie die Beamten in Preußen mit den Angaben der Unternehmer begnüge, sondern sich direkt an die Arbeiter gewandt habe. Auf diese Aeußerung kam Baurat Berner zurück. Er erklärte, daß den Gewerbe-Inspektoren aus Anlaß der Enquete von den Vertrauensleuten und den Gewerkschaften zum Teil vorzügliches Material übermittelt worden sei, das nach Möglichkeit verwendet werde.

Auch im weiteren Verlaufe der Debatte bemühten sich die Beamten, Mißverständnisse aufzuklären und die Vertrauenspersonen zur eifrigen Mitarbeit aufzumuntern. So wiesen die Gewerbe-Inspektoren wiederholt nach, daß mit Hilfe der Arbeiter bereits manche Besserung erzielt worden sei und noch vieles erreicht werden könne. Selbst persönliche Angelegenheiten wurden in der ruhigsten Weise erledigt. Es fragte nämlich einer der Vertrauensleute, ob es wahr sei, daß Baurat Berner in einem bestimmten Falle sich mißlieblich über eine Arbeiterforderung ausgesprochen habe. Der Befragte legte den Thatbestand klar und hat dadurch ein Vorurteil beseitigt, das in seinem Verkehr mit den Arbeitern nur störend hätte sein können. Kurz, die Konferenz ist in der besten Weise verlaufen und wird hoffentlich der Gewerbe-Aufsicht in Württemberg in jeder Beziehung zum Nutzen gereichen.

Was aber in Württemberg möglich ist, kann und muß auch in Preußen geschehen. Die Arbeiter haben schon längst die Hand dazu geboten. Die Beamten mußten sie bisher zurückweisen, weil Herr v. Verlepsch als Minister Jurist hatte, daß durch einen amtlichen Verkehr der Gewerbe-Inspektion mit Arbeiter-Vertretern die socialdemokratische Bewegung gefördert werde. Inzwischen sollten sich jedoch die preussischen Regierungsherren überzeugen haben, daß auch trotz jenes ministeriellen Erlasses die Socialdemokratie nicht zu Grunde geht. Der Erlass hat daher keine andere Wirkung als daß er es der Gewerbe-Aufsicht aufs äußerste erschwert, ihre, für das Wohl und Wehe der Arbeiter so wichtige Aufgabe zu erfüllen. Wie lange wird es noch dauern, bis dieser für die Regierung nutzlose, für die Arbeiter aber höchst nachteilige Erlass beseitigt und es den Gewerbe-Aufsichtsbeamten ermöglicht wird, die Unterstützung der Arbeiter und ihrer Organisationen in Anspruch zu nehmen?

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 5. Dezember.

#### Der Reichstag

hatte heut seine kürzeste Sitzung seit Wiederaufnahme der gesetzgeberischen Arbeiten. Ohne Debatte wurde das Jüdisch-Gesetz in dritter Lesung angenommen, alsdann wurden die Anträge Hehl (die aus der Gewerbe-Novelle gestrichenen Bestimmungen über die Krankenversicherung der Hausindustriellen) in erster und zweiter Lesung angenommen. Zu der dritten Lesung der Gewerbe-Novelle hatte sich — nach alter Praxis — eine „freie“ Kommission der Majoritätsparteien gebildet, welche noch einige Verschlimmberungen zusammengebrant hatte, die auch samt und sonders angenommen wurden, während einige konservative Anträge, die noch größere Verschlechterungen bringen sollten, abgelehnt wurden. Binnen 1 1/2 Stunden wurde die dritte Lesung erledigt. Da jedoch ein Antrag Hehl über Mitgabe von Arbeit an Arbeiterinnen nicht zur Verhandlung kam, weil Richter mit Hinweis auf die geringe Zahl der anwesenden Abgeordneten Protest einlegte, konnte eine Schlußabstimmung über die Novelle nicht stattfinden.  
 Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Vereinsgesetz (Ab-schaffung des famosen Verbindungsparagrafen) und Reichs-Vergesetz. —

#### Zum Flottengesetz.

Die Regierung läßt zwar tagtäglich in ihren Blättern jeden Gegner der Flottenpläne in Grund und Boden verdonnern, aber offenbar weiß sie selbst noch nicht, welche Pläne sie demnächst an den Reichstag ausbreiten soll. Man will etwas, man will sehr viel, aber kann nicht sagen, was man will. Dies ist auch nicht verwunderlich, da bei der Geschwindigkeit, in der sich in den Köpfen der Regierungsmänner die Ansichten über das, was nötig ist, auflösen, es wirklich nicht leicht sein mag, in irgend einem Zeitpunkt

eine bestimmte Auskunft über das Was und Wie der zu erwartenden Flottenberechtigung zu geben.

Bisher ließen die Aeußerungen der Offiziere vermuten, die neuen Flottenpläne würden sich in ähnlicher Gestalt wie das letzte Flottengesetz vorstellen. Verdoppelung des gesamten jetzigen Flottenbestandes binnen 17 Jahren war der Inhalt des ersten Artikels der „Nordd. Allg. Zig.“ nach der Hamburger Kaiserrede. Jetzt aber kündigt die „Nordd. Allg. Zig.“ im Anschluß an die „Berl. Corr.“ etwas erheblich anderes an. Es soll danach die Verstärkung der Flotte gesetzlich festgelegt werden, aber eine Frist, bis zu deren Ablauf die Verstärkung durchzuführen sei, soll nicht festgelegt werden. Das würde also bedeuten, der Reichstag soll anerkennen, daß eine Verdoppelung der Linienfahrzeuge, Auslandskreuzer etc. notwendig ist, aber das Tempo der Schiffbauten würde noch der besonderen Veranlassung und Entschlieung vorbehalten bleiben.

Offenbar hat die Regierung erkannt, daß sich für eine weitere Aufhebung des Statutrechts des Reichstages auf 17 Jahre unendlich eine Reichstagsmehrheit finden wird. Sie streift darum die Fährer aus, ob sie ihren Willen in anderer Art durchsetzen kann. Für das Wesen der Sache ist natürlich der Unterschied gering, ob neben der gesetzlichen Festlegung des Baues eines neuen Doppelgeschwaders die 17jährige Frist sofort mit festgelegt wird. Diese Form ist noch gefährlicher als die andere. Denn, wenn auch der Reichstag dann das formelle Recht behält, das Tempo der Schiffbauten zu verlangsamen, so bleibt auch der Regierung ausdrücklich das Recht zugestanden, später eine Beschleunigung des Schiffbaues zu fordern, so daß nicht einmal die 17jährige Frist bis zur Durchführung aller jetzigen Forderungen innegehalten wird und schon zeitiger sich die Möglichkeit noch weitergehender Pläne ergibt. Und es ist nicht zweifelhaft, daß die Regierung, wenn einmal der Reichstag durch gesetzliche Festlegung des Doppelgeschwaders samt den übrigen jetzigen Forderungen die Notwendigkeit einer derartigen Flottenverstärkung anerkennen würde, leichtes Spiel hätte, um eine möglichst beschleunigte Durchführung derselben vom Reichstag zu erpressen. —

#### Statistische Flottengitoren.

Für die Flottenvorlage wirkt nun auch, wenn auch ohne ausdrückliche Bezugnahme, die im amtlichen statistischen Bureau bearbeitete Korrespondenz. Im Gegensatz zu den mit malthusianistischen Theorien wirtschaftenden Marineprofessoren weist sie allerdings nicht auf die Auswanderung als ein Symptom der Uebersättigung hin, sondern sie stellt im Gegensatz fest, daß trotz stark wachsender Bevölkerungszunahme in Preußen die Auswanderung so sehr gesunken ist, daß sie im Verhältnis zum Geburtenüberschuß gar nicht mehr in Betracht kommt. Es betrug:

im Jahre	die natürliche Bevölkerungs- vermehrung	der Verlust durch Wanderungen	die Volk-zunahme
1891	448 863	58 426	390 437
1892	591 891	83 124	508 767
1893	409 834	61 030	348 804
1894	463 320	28 560	434 760
1895	478 358	23 602	454 756
1896	518 050	21 976	496 074
1897	510 992	15 539	495 453
1898	554 342	13 810	540 532

Die Uebersättigung hat also stets zugenommen und dabei ist die Auswanderung stets zurückgegangen. Die „Statistische Korrespondenz“ verwendet nun in anderer Weise diese Zahlen für die Flottenpläne:

„Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß dieses rasche Anwachsen der Bevölkerung nur dann einen Nachschub bedeutet, wenn es gelingt, die steigende Volkszahl zu erhalten, und daß dies nur möglich ist, wenn der heimischen Industrie neue Absatzgebiete im Auslande oder in eigenen Kolonien erschlossen werden können. Wo dies angeht, wird daneben ein Teil der Volk-zunahme auch zur Besiedelung deutscher Kolonien Verwendung finden und damit zur Befestigung der deutschen Herrschaft in diesen wesentlich beitragen können. Die starke natürliche Bevölkerungsvermehrung ist ein Zeichen der noch ungebrochenen Volkskraft. Sie ist hauptsächlich veranlaßt durch das Sinken der Sterbeziffer unter gleichzeitigen, wenn auch geringem Steigen der Geburtsziffer seit 1892.“

In den Zahlen spiegelt sich sehr klar und überzeugend der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre. Die Bevölkerung wächst namentlich infolge der Verminderung der Todesfälle, die durch eine bessere Lebenshaltung herbeigeführt wird. Aus demselben Grunde sinkt auch die Auswandererzahl — ein Beweis, daß das, was den Gedankenlosen als Uebersättigung erscheint, in Wirklichkeit die Unverknunft der sozialen Verhältnisse ist, die ihrerseits nicht durch die Bevölkerungsdichtigkeit veranlaßt sind, sondern durch die ökonomische Struktur.

Trotzdem verfällt die „Korrespondenz“ wieder auf den sinnlosen Gedanken, es müsse Abfluß für die Bevölkerung in Kolonien gesucht werden. Da spukt wieder der alte Uebersättigungswahn. Wenn andererseits eine Erweiterung des äußeren Marktes gefordert wird, so braucht man an sich diesem Verlangen nicht zu widerstreben, wenn auch die Konsumfähigkeit des inneren Marktes durch sociale Hebung der Massen in erster Linie erhöht werden sollte. Aber diese Beförderung des Exports wird weder durch Kolonien noch durch Panzerschiffe bewirkt, sondern durch günstige Handelsverträge, sowie durch die Güte und Preiswürdigkeit der Waren. Jedenfalls lassen sich durch die Notwendigkeit der Eröffnung neuer Absatz-

gebiete die Marinepläne nicht begründen, zumal unser Hauptabsatz nach Ländern, wie England und den Vereinigten Staaten, geht, wo wir schwerlich unseren Waren durch Panzer-schiffe den Eingang erzwingen können.

Dass Deutschland nicht zu viel Menschen hat und daß die Auswanderung kein Anzeichen einer drohenden Uebersättigung ist, dafür liegt auch ein strenger Beweis in der Erscheinung der Abwanderung vom Osten in den Westen des Reichs, die viel stärker ist als die Auswanderung. Ueber die Bewegungen des Arbeiterangebotes in der Landwirtschaft im Jahre 1898 macht die Posen'sche Landwirtschaftskammer für ihren Berichtsbezirk Angaben. Es betrug der Abgang einheimischer Arbeiter insgesamt 42 334, und zwar

a) durch Sachvergnügerei		b) durch Abwanderung	
Landwirtschaft	Industrie	Landwirtschaft	Industrie
Rbz. Posen 31 230	2467	485	34 172
" Bromberg 6 941	598	16	7 555
Provinz Posen 38 161	3065	501	41 727
Rbz. Posen 363	41	5	408
" Bromberg 177	22	1	199
Provinz Posen 540	63	6	607

Es sind aus dem einen Bezirk 41 727 Personen ab- und nur 607 Personen ausgewandert. Nach marxianischer Logik müßte man auch aus der Abwanderung auf eine Uebersättigung des Ostens schließen, auf einen Kraftüberschuß, der irgendwo einen Abfluß braucht. Jedermann weiß aber, daß im Osten im Gegenteil die Entvölkerung eine Gefahr bildet, daß die Klagen über die Leutenot zu den agrarischen Beschwerden gehören, die keine Lügen sind. Die Abwanderung wie die Auswanderung erklärt sich lediglich aus den Differenzen der sozialen und politischen Verhältnisse. Das Elend treibt die Massen aus dem Osten, nicht allzu große Menschenzahl.

Die Erscheinungen der Bevölkerungsbewegung lassen sich demzufolge in keiner Weise für eine utopistische Weltmachts-, Export-, Marine- und Kolonialpolitik verwenden, sondern ausschließlich zunächst für die Notwendigkeit sozialer Reformen und in weiterer Konsequenz gegen den Kapitalismus für den Sozialismus.

## Deutsches Reich.

### Hohenlohe's Versprechen.

Wenn der „Local-Anzeiger“ richtig unterrichtet ist, beschäftigt Fürst Hohenlohe nur in der That, sein zu früherer Verlässlichkeit gelangtes Versprechen zu halten. Das preussische Staatsministerium habe auf Grund des Zimmervortrages des Fürsten Hohenlohe beim Kaiser beschlossen, dem dem Bundesrat noch vorliegenden Antrag des Reichstags auf Aufhebung des Verbindungsverbots für Vereine bedingungslos zuzustimmen. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich noch am Dienstag in diesem Sinne schlüssig machen, so daß die für Mittwoch im Reichstage angeordnete Beratung dieses Antrages gegenstandslos wird. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß der Reichskanzler vor Beginn der Beratung des Antrages Bassermann, den Beschluß des Bundesrats mitteilen werde.

Danach scheint es, als ob wirklich einmal bei uns das Selbstverständliche Wirklichkeit werden soll. Man bringe der Flottenvorlage das „Opfer“, ein feierlich gegebenes Versprechen zu halten! —

Die Einberufung des preussischen Landtages soll zum 9. Januar erfolgen. —

Staatssekretär v. Tirpitz, der Verantwortliche der Weltflottenpläne, ist vom Konter-Admiral zum Vice-Admiral befördert worden. Ein Siegeslohn vor der Schlacht! —

Schweinburg in Rügen. Herr Victor Schweinburg will zwar auf sein Ehrenamt verzichten, aber seine Ruchrenämter möchte er doch beibehalten. Er verteidigt sich darin heute mit weinerlicher Sentimentalität gegen die auf ihn eingehenden Angriffe. Ja, er geht sogar soweit, das erste Mal in seinem Leben, dem „Vorwärts“ recht zu geben. Er bestätigt unsere Annahme, daß es sich in dem Doharikel des „kleinen Journals“ um eine höfenservative Intrigue gegen ihn und Miquel handle.

Zum Beweise seiner Mafellosigkeit führt er sogar seine österreichischen Erden an, die Feldzugsmedaille von 1866, den Franz Josephs-Erden und den Erden der Eisernen Krone. Und dann schildert er das Verfahren der Rautenschmiede:

„Vorher stempelt man den Finanzminister zum Chefredacteur der „V. B.“ und zum Inspirator der „Berl. Neuesten Nachr.“, um ihn für die Artikel beider Journale verantwortlich zu machen, und sodann blickt man demjenigen, der als Mittelsperson für den Verkehr mit beiden Blättern ausgegeben wird, alle möglichen Schlechtigkeiten an, um die Waffe, welche man gegen den Finanzminister geschmiedet zu haben glaubt, noch zu vergiften.“

Wir haben immer die Meinung vertreten, daß Herr Schweinburg stets der Sache würdig gewesen ist, die er durch sein Geschäftsgelächel gefördert hat, und daß darum sein Antrag vorliegt, ihn aus seiner jetzigen Stelle des Uebersee-Apostels zu verdrängen. —

Das Centrum und die Flottenvorlage. Die „Germania“ stimmt uns bei, daß die Regierung, nach der Art, wie sie die neuen Flottenpläne behandelt hat, kein Vertrauen beanspruchen darf. Zugleich stellt das Centrumsorgan die Grenze fest, bis zu der ein Gegenkommen möglich wäre:

„Es würde dem geistgebereichen Begriffe einer „Kobelle“ entsprechen, wenn man der zu erwartende Bescheid darauf geschränkt sollte, unter Festhaltung an dem durch das Flottenbesetz festgelegten Flottenbauplan lediglich einer Erhöhung der Baukosten Rechnung zu tragen. Darüber würde sich ja im Reichstage allensfalls eine Verständigung erzielen lassen. Allerdings würde dabei eine genaue rechnerische Nachweisung nicht zu umgehen sein, wie viel von den Mehrkosten auf die Erhöhung der Löhne, wie viel auf die Preissteigerung für Rohmaterialien und wie viel außerdem noch etwa auf einen — Mehrgewinn der Unternehmer entfällt.“

Es ist selbstverständlich, daß diese Bewilligung der Mehrkosten nur eine Folge der früheren Bewilligungen wäre. Die Regierung will aber eine neue Vorlage, neue Schiffe, neue Milliarden. Spricht die „Germania“ im Namen der Centrumstraktion, so bedeutet diese „Limitierung“ des Entgegenkommens eine runde Abgabe an jeden neuen Flottenplan, mag er diese oder jene Form haben.

Rechnlich klingt es auch aus der „Kölnischen Volksztg.“, die sich mit dem Gedächtnis einer Auflösung des Reichstags anfreundet:

Soll der Reichstag aufgelöst werden, so sagen wir läßt „Wie's beliebt“. Einmal muß es doch zum „Arach“ kommen. Wir glauben, daß es gar nicht schaden kann, wenn die jetzige schmale politische Atmosphäre einmal durch ein schichtiges Gewitter geklärt wird, wir hoffen dann mit Sicherheit auf „reine Luft“. Die Regierung wird nach einer gründlichen Niederlage weit unangenehmer werden. Die Schädlichkeit des steten Experimentierens besser begreifen und auch einsehen lernen, daß man nicht mit dem Kopfe die Wand einstoßen kann.

Aun, Hochmut kommt bei dem Centrum nicht selten vor dem Umfalle! —

Eine Wohnung an die Justiz richtet der Präsident des Reichsgerichts v. Oehlischläger, indem er in das „Goldene Buch des Deutschen Volkes an der Jahrhundertwende“ den folgenden Spruch einschreibt:

„Nichten und Rechtthun sind stamperverwandt,  
Gehu mit einander Hand in Hand,  
Wer nicht gefeit gegen unrecht' That,  
Stein Schidlichkeit zum Nichten hat.“

Zu dem Rechtthun gehört sicher nicht die Befolgung des Unrechtgrundgesetzes: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. —

Keine Nummer ohne Fälschung. Die „Post“ scheint jetzt ein besonderes Aeffort für Fälschungen eingerichtet zu haben, dessen besondere Aufgabe es ist, Fälschungen des „Vorwärts“ in ihr Gegenteil umzukehren. Heute finden wir z. B. folgende Bemerkung:

„Bedrohungen mit Mord, welche Streikende gegen Arbeitswillige ausstießen, pries der „Vorwärts“ als Belohnung des „Solidaritäts-Bewusstseins der Arbeiter“ mit dem Wunsche, „daß in nicht zu ferner Zeit die stützlichen Grundzüge der Klassenbewußtsten Arbeiterschaft Gemeingut der ganzen Bevölkerung werden.“

Da der „Vorwärts“ dergleichen Zeug nicht gefürchtet haben kann, ist es nunmüßig zu fragen, wo sich das Citat findet. Es ist im journalistischen Generalstab der Schmarotherei erfunden worden. —

Dresden, 5. Dezember. (Eig. Ber.) Die zweite Kammer des Landtages verhandelte über einen von der Regierung vorgelegten Bericht über die Verwaltung der Landes-Brandversicherung-Anstalt auf die Jahre 1897 und 1898. Dieser Bericht ist in einigen Punkten von allgemeinerem Interesse. Ende 1898 waren demnächst im Königreich Sachsen 343 870 Grundstücks-komplexe mit 814 934 Gebäuden, die eine Versicherungssumme von 4 981 178 140 Mark repräsentieren, versichert. Es bedeutet das gegen die Periode 1895/1896 eine Zunahme von 16 090 Gebäuden und 398 663 430 M. Versicherungssumme. Interessant ist die tabellarisch nachgewiesene Entwicklung der Erhöhung der Komplex-Werte. Derselben haben eine Steigerung von nicht weniger als 27.67 Proz. erfahren. Im Jahre 1889 war der durchschnittliche Wert eines Komplexes 11 279 M., im Jahre 1898 aber 14 400 M. — Wichtig ist auch, in welcher Weise neben der staatlichen Gebäudeversicherung — staatliche Mobilienversicherung gibt es in Sachsen noch nicht — die Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften gedeihen. Innerhalb der letzten 10 Jahre hatten diese Gesellschaften in Sachsen allein eine Einnahme von 65 424 154 M., während die ganze Ausgabe nur 42 890 677 M. betrug, also ein Gewinn von 22 533 477 Mark — etwa 34 Prozent — blieb. Nach solchen Ergebnissen müßte eigentlich der Staat ganz von selber auf den Gedanken der Ausdehnung der staatlichen Feuerversicherung auch auf Mobilien zc. kommen. Angeregt ist derselbe schon wiederholt. —

München, 5. Dezember. (Depeche des „W. T. B.“) In der Abgeordnetenkammer begründete v. Vollmar einen Antrag der Socialdemokraten, die bairische Staatsregierung möge im Bundesrat dahin wirken, daß die außerordentlichen Gewalten des Statthalters der Reichsländer aufgehoben werden. Die Liberalen beantragten den Uebergang zur Tagesordnung. Das Centrum beantragt den Uebergang zur motivierten Tagesordnung. Der Vorsitzende im Ministerrat v. Craißheim erklärt, dem Antrage Vollmars könne schon aus formellen Gründen nicht stattgegeben werden, da dem Wirkungskreise des Landtags Statthalter gegeben seien, insofern er sich mit der Reichspolitik nur beschäftigen könne, wenn bayerische Angelegenheiten berührt werden. Zur Sache selbst meinte er, daß Elsch-Verhörungen im großen und ganzen sich nicht zu besagen habe, da es in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht manche Vorteile genieße. Nach kurzer Debatte wird der Antrag des Centrum angenommen. —

Karlsruhe, 4. Dezember. (Eig. Ber.) Im Landtag brachte heute die demokratisch-freisinunige Fraktion einen Antrag ein, wonach sich die Kammer mit der Instanz, welche die badische Regierung ihrem Bundesratsbevollmächtigten erteilt, für das Gesetz zum Schutze des gewerlichen Arbeitsverhältnisses zu stimmen, nicht einverstanden erklärt; ferner wird in dem Antrag die Erwartung ausgesprochen, daß, falls dem Bundesrat wieder eine Vorlage zugehen sollte, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter direkt oder indirekt zu beschränken beabsichtigt, die Regierung den badischen Bundesratsbevollmächtigten anweist, gegen eine solche Vorlage zu stimmen.

Dieser Antrag der Demokraten soll die socialdemokratische Interpellation in dieser Angelegenheit ergänzen.

Ferner brachte die demokratisch-freisinunige Fraktion heute verschiedene Abänderungs-vorschläge für die Gemeinde- und Städteordnung ein. Danach sollen in den Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern, soweit sie nicht der Städteordnung unterstehen, der Bürgermeister und die Gemeinderäte direkt von den Bürgern und wahlberechtigten Einwohnern gewählt werden. Für die Wahlen zum Bürgermeister in den Städten soll statt der bisher geltenden Zwölftheilung die Sechstheilung eingeführt werden.

Die Nationalliberalen, welche von der Annahme dieser Vorschläge eine Vermindeung ihrer politischen Machtverhältnisse befürchten, werden, wie bisher, gegen dieselben stimmen. Die Regierung, welche soeben für die Wahl von Privilegierten in die Volkskammer sich erklärt hat, wird selbstverständlich ebensowenig für eine freiere Fassung der Gemeinde- und Städte-Ordnung zu haben sein.

Der Centrumsführer Wacker erklärt im Badischen Beobachter die Denkschrift der Regierung in der Wahlrechtsfrage als die härteste Herausforderung, die sich denken läßt. Der Minister hätte statt der vielen Worte in der Denkschrift ebenso gut sagen können:

„Ihr könnt das direkte Wahlrecht haben; allein rund ein Drittel der Mandate muß der von mir patronisiereten nationalliberalen Partei von vornherein vorbehalten bleiben.“

Stimmt! —

Die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches wird — so läßt man uns aus Elsch-Verhörungen — für den bevorstehenden Guerillakrieg, den die reichsständische Volkzeitung seit der Annexion zu Gunsten der fortschreitenden Germanisation gegen die eingeborene Bevölkerung des Landes geführt hat, eine Wirkung im Gefolge haben, die eines gewissen komischen Beigeschmacks nicht entbehrt. Eines der beliebtesten Mittel des Systems Pattlager, den Elsch-Verhörungen das nötige Verständnis für die preussisch-deutsche Reichsherrschaft beizubringen, bestand in dem Verbot französischer Firmeninschriften an öffentlichen Gebäuden, Verkaufsstellen zc. Man ging dabei so weit, daß man die Leute zwang, an Stelle ihrer französischen Vornamen, die in den meisten Fällen noch aus der Zeit vor der Annexion herrührten, mehr oder weniger gelungene Verdeutschungen derselben anzunehmen und die Aufschriften auf ihren Firmenschildern dementsprechend abändern zu lassen. Aus dem Jean wurde auf diese Weise ein Johann, aus dem Louis ein Ludwig, während der René und der Roger in einen Renatus und Rüdiger umgewandelt wurden. Erst in den allerletzten Wochen sind auf diesem Gebiete polizeilicher Germanisationsversuche eine Reihe neuer Fälle bekannt geworden, die Landau landab allerdings mehr Heiterkeit als Entrüstung hervorgerufen gezeugnet waten. Am Freitag, aber das mit dem 1. Januar kommenden Jahres in Kraft tretende neue Bürgerliche Gesetzbuch ausdrücklich vor, daß alle Kaufstätten und Geschäfte den vollen Namen des Besitzers als Firmenschild tragen müssen und zwar den unveränderten Laufnamen, wie er in den Ständeregistern angegeben ist. Diese enthalten aber bei den in Betracht kommenden Personen durchweg die französischen Formen des Vornamens, so daß die reichsständischen

Polizeibehörden sich gezwungen sehen, vom Beginn des neuen Jahres ab ihre Verdeutschungsbestrebungen in dieser Richtung einzustellen und auf Grund des neuen Gesetzbuches dasjenige selbst durchzuführen zu helfen, was sie bisher verboten und mit Strafe belegt haben. Einen Schaden dürfte das für das Deutschtum in Elsch-Verhörungen kaum bedeuten; den Polizeibehörden wird damit aber manche Gelegenheit genommen werden, sich vor dem vernünftig denkenden Teil der Bevölkerung des Reichslandes — lächerlich zu machen. —

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Gleiwitzer Landgericht eine 70 Jahre alte Witwe Johanna Wagiera mit 9 Monaten Gefängnis bestraft. Die gleiche Strafe erhielt vom gleichen Gericht der Arbeiter Cypol aus Jarze wegen Gotteslästerung; der Staatsanwalt hatte gegen ihn nur 3 Monate beantragt. —

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Dezember. Abgeordnetenhause. Bei der fortgesetzten Debatte über das Budgetprovisorium und das Budget für das Jahr 1900 erklärte Udrzal, welcher in czechischer Sprache begann, dann aber in deutscher Sprache fortfuhr, seine Partei wisse genau, daß die gegenwärtige Zeit eine Epoche der Unehrlichkeit und Gesetzlosigkeit sei. Der Redner beschuldigte sodann alle bisherigen Regierungen der Feindseligkeit gegen die Slaven. Darauf erklärte Abg. Funke namens der in der Obmann-Konferenz der Linken vertretenen Parteien, daß dieselben auf eine eingehende Erörterung des Budgetprovisoriums in diesem Stadium der Verhandlungen um so weniger sich einzulassen wollten, als sie eine Beschleunigung unter den gegenwärtigen Umständen zwar für notwendig hielten, sich aber ein Eingehen auf die Einzelheiten der Vorlage für ein späteres Stadium vorbehalten. Groß beantwortete Schluß der Debatte. Unter großem Lärm konnten zahlreiche Abgeordnete der Rechten in den Saal. (Aufse auf der Linken: „Sofort abstimmen!“ Großer Lärm bei den Junggehehen.) Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Groß mit 104 gegen 95 Stimmen abgelehnt. Lebhafter Beifall. Händeklatschen bei den Junggehehen, großer Lärm links. Der Vicepräsident stellt andauernde Stodenzichen, der Lärm dauert fort.) Dann ergreift Stala das Wort, worauf Ruhe eintritt.

Wien, 5. Dezember. Der Ausichuß zur Beratung über § 14 lehnte in seiner heutigen Sitzung zuerst die Streichung des Paragraphen mit 13 gegen 12, sodann die Abänderungsanträge Roschmann und Jallinger, sowie den Antrag des Submittes ab. Auf Antrag Ruy wurde jedoch die Wiederannahme der Abstimmung angenommen und sodann die Streichung des § 14 mit 20 gegen 12 Stimmen beschlossen. Abg. Kaiser wurde zum Referenten gewählt.

Dr. v. Fuchs' Kompromißvorschlag. Aus Wien wird telegraphiert: Ueber den am Dienstag den Klubs zur Beschlußfassung vorzulegenden Kompromißvorschlag des Präsidenten des Abgeordnetenhouses Dr. v. Fuchs verlautet, daß derselbe folgende vier Punkte enthalte: 1. Zur parlamentarischen Erledigung der Staatsnotwendigkeiten wird die Obstruktion bis zur Jahreswende eingestellt; 2. sofortige Einsetzung eines für permanent zu ersetzenden Sprachenausschusses; 3. eine sechsmonatige Pause in Abgeordnetenhause ab 1. Januar 1900 behufs Ausarbeitung eines Sprachengesetzes durch den Sprachen-Ausschuß; 4. parlamentarische Erledigung des Sprachengesetzes bis zum 1. April 1900, andernfalls Wiedereinführung der internen czechischen Antisprache, nach einigen Blättern in Verhandlungsweg, nach dem „Neuen Wiener Tageblatt“ durch Ministerial-Erlasse.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, erklärte die deutsche Volkspartei in ihrer heutigen Sitzung den Kompromißvorschlag des Präsidenten des Abgeordnetenhouses v. Fuchs als nicht diskutabel. —

### Frankreich.

Paris, 5. Dezember. Alfred Dreyfus hat an Clamageran, den Vorsitzenden der Senatskommission, welche mit der Vorbereitung der Amnestievorlage beauftragt ist, ein Schreiben gerichtet, in welchem er verlangt, daß man ihm alle Mittel lasse, um seine Unschuld in geichmäßiger Weise darzutun. —

Paris, 5. Dezember. Das „Journal officiel“ veröffentlicht einen Bericht des Handelsministers über die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1898. Danach betrug der Ueberich der Geburten über die Todesfälle 33 800. Jedoch betrug die Zahl der Geburten 15 174 weniger als 1897, nämlich 843 933, und die Zahl der Todesfälle mit 810 073, 59 054 mehr als 1897. —

## Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungscommission befälligte in ihrer gestrigen Sitzung die schriftlichen Berichte über die Wahlen der Abgeordneten Pauli (Ober-Bairn), Förster (2 Sachsen) und v. Staudy (Angerburg) und beschloß dann die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Sieg (nass., 3. Marienwerder) bis zum Eingang der beschlossenen Erhebungen auszuweichen.

Der gerichtliche Konkurs ist über das Vermögen des Abg. Jacobien laut Bekanntmachung im Reichs-Anzeiger eröffnet worden. Da hiermit eine Vorankündigung der Wählbarkeit zum Reichstag nach § 3, Nr. 2 des Reichs-Wahlgesetzes in Fortfall gekommen ist, so hat die freisinunige Volkspartei den dringlichen Antrag im Reichstag eingebracht, das Mandat des Abg. Jacobien für erloschen zu erklären. —

## Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. Ein braver alter Parteigenosse, Namens Karl Ottjadt starb in Offenburg. Er hat in gesunden Tagen seine Kraft stets in den Dienst der Partei gestellt; in den letzten Jahren hielt ihn Krankheit von der öffentlichen Thätigkeit zurück.

Gemeindevahlen. In Selbzig bei Hof wurden 7 socialdemokratische Vertreter in den Gemeinderat gewählt; ebenso gehören die meisten gewählten Erfahrmänner unserer Partei an. Bei der Gemeindevahl in Niederjinten (Pfalz) wurde unser Genosse F. Köstner mit der höchsten Stimmenzahl in den Gemeinderat gewählt. In Frankeneck (Pfalz) hat die socialdemokratische Kandidatenliste glänzend gesiegt. Die Wahlbeteiligung war eine außerordentlich rege. In Aalen (Württemberg) wurde der Genosse Luy mit der zweitöchsten Stimmenzahl gewählt. In Ruffenhäusen erlangen unsere Genossen durch ein Kompromiß mit der Volkspartei einen Sitz im Gemeinderat. Je ein Parteigenosse wurde gleichfalls gewählt in Schildesche und in Sellershagen.

### Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Wegen Beleidigung eines Bürgermeisters wurde der Genosse Schälke in Staldrube zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Bei den Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandter Gewerbe siegte die Liste der vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen aufgestellten Kandidaten mit 167 gegen 65 Stimmen der Gegenkandidaten.

Verloren gegangen ist die vom Centralvorstand der Formstecher zu Gunsten der angesprochenen Formstecher herausgegebene Sammeliste Nr. 173. Man bittet, dieselbe gegebenenfalls anzuhalten und Unterscheidetern einzusenden. C. Schubart, Volkstr. 18.

**Ausland.**

**Die Ausperrung der Textilarbeiter in Jägerndorf in Böhmen** erstreckt sich auf 1500 Personen, 500 waren in den Streik getreten, so daß insgesamt 2000 Arbeiter feiern. Acht Firmen mit etwa 1000 Arbeitern haben sich der Unternehmer-Koalition nicht angeschlossen; übrigens sind Verhandlungen im Gange.

**Sociales.**

**Zur deutschen Kriminalstatistik.** Die Zahl der im Jahre 1898 in erster Instanz unabhängig gemachten Urteile bei den deutschen Strafgerichten belief sich nach den vorliegenden vorläufigen amtlichen Veröffentlichungen auf 396 547 Verurteilungen und 46 774 Verurteilungen gegen 357 679 Verurteilungen und 44 053 Verurteilungen im Jahre 1897. Die Zahl der erlassenen Urteile betrug 600 698 bei den Schöffengerichten, 88 329 bei den Strafkammern und 5186 bei den Schwurgerichten, gegen 600 005, 84 347 und 5066 im Jahre 1897.

Die Zahl der wegen Verurteilung verurteilten Personen betrug 486 gegen 428 im Jahre 1897, ist immer aber noch wesentlich niedriger wie in den Jahren 93 bis 96. Abgenommen hat auch die Zahl der Verurteilten wegen Aufforderung zum Ungehorsam (§§ 110, 111), sie betrug 94 gegen 44 im Jahre 97 und 70 im Jahre 93; ebenso Gewalt und Drohung gegen Beamte (§§ 113, 114, 117-119), da nur 16 683 Personen verurteilt worden gegen 16 547 und 16 578 in den beiden vorhergehenden Jahren. Zugewonnen hat Hausfriedensbruch; es stehen 22 207 Verurteilungen gegen 21 535 im Vorjahre. Deftentliche Gewaltthätigkeit etc. (§§ 124, 125, 127) zeigt nur 234 Verurteilungen gegen 665 im Vorjahre. Der § 130, Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen, wird ganz überflüssig. Das Jahr 1898 zeigt nur noch 7 Verurteilungen gegen 14, 22, 20, 61 in den vorhergehenden Jahren.

Zu ununterbrochenem Steigen begriffen sind die Verurteilungen wegen Zweikampfes. Sie zeigen 1893: 66; 1894: 83; 1895: 107; 1896: 110; 1897: 140; 1898: 154. Auch die gefährliche Körperverletzung steigt fortgesetzt und zeigt 1898 90 822 Verurteilungen gegen 72 919 im Jahre 1897. Nötigung und Bedrohung stieg von 11 450 im Jahre 1897 auf 11 911 im Jahre 1898. Die Zahl der wegen Vergehens gegen § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung Verurteilten betrug nur noch 208 gegen 254 im Vorjahre.

**Der französische Einigungskongreß.**

Paris, 3. Dezember.

**Eröffnungssitzung: Nachmittag.**

Der Kongreß tagt im südlichen Gebäude des Gymnase Japhy (für Zurnahmen der Schüler bestimmt), welches dem Kongreß vom Lachter Gemeinderat unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde. Der geräumige, mit weiten Galerien für das Publikum versehene Saal ist mit mehreren roten Fahnen und Standarden geschmückt.

Die letzten Vorbereitungen sind bis zur angelegten Stunde der Eröffnung noch nicht erledigt. Jeder Anfang ist eben schwer. Die Organisation dieses Kongresses ist vielleicht noch schwieriger als die der internationalen Kongresse. Schon die Mandatsprüfung raubt viel Zeit, da ungefähr 1000 Delegierte erschienen sind mit einer Gesamtzahl von ca. 2600 Mandaten (nach vorläufiger Schätzung). Der ganze weite Mittelraum des Saales ist dicht mit Delegierten besetzt. Diese vertreiben sich die Zeit mit dem Abfragen von revolutionären Siedern.

Um 4 Uhr erklärt Delory im Namen des Verständigungs-Komitees, daß die Eröffnungssitzung erst um 8 Uhr abends beginnen könne.

Der Kongreß verlegt sich demgemäß auf 8 Uhr abends.

**Abendigung.**

Um 9 Uhr wird die Sitzung eröffnet. In das Bureau werden Vertreter jeder der fünf Organisationen gewählt. Den Vorsitz führt Delory, Bürgermeister von Lille, Mitglied der Arbeiterpartei (Guesdisten).

Zunächst wird die Zulassung des Publikums beschlossen, und zwar nur der Mitglieder sozialistischer und gewerkschaftlicher Organisationen.

Delory verliest die eingelassenen Begrüßungsdepeschen: vom Generalsekretär der belgischen Arbeiterpartei, von den dänischen Gewerkschaften und Arbeiter, vom Centralkomitee der bulgarischen sozialdemokratischen Partei. Alle Depeschen begrüßen die entstehende Einigung der französischen Sozialisten. Auf Delorys Vorschlag votiert der Kongreß per Akklamation seinen Dank für die Begrüßungsdepeschen.

Dubrenil, Sekretär des Verständigungs-Komitees, verliest die vom Komitee vorgeschlagene Geschäftsordnung.

Zunächst wird die Tagesordnung erörtert. Joindy (Allemanist) verlangt, daß an die erste Reihe die Frage der Einigung werden solle. Jovads im Namen der Gesamtheit der Delegierten der guesdistischen Arbeiterpartei befragt die Beibehaltung der Reihenfolge der Tagesordnung, denn die Frage der organisatorischen Einigung könne logisch nur die Krönung des Ganzen sein. Jovads müsse über die grundsätzlichen Fragen entscheiden werden, damit man die grundsätzliche Einigung erziele. Die erste Frage (Beteiligung an der öffentlichen Macht, die den Fall Millerand einschließt) sei von großer Wichtigkeit. Landrin (Blanquist) stimmt der Beweisführung Jovads' zu und beläuft die Meinung Joindys, daß der Fall Millerand eine untergeordnete Frage wäre. Wir sind auch für Einigung, aber nur mit den wahren Sozialisten. Redner verweist auf die internationale Anfrage der „Petite République“, die den Fall Millerand so eingehend und meist im negativen Sinne entschieden habe. Von der Entscheidung über die erste Frage hänge es ab, in welchem Maße die Organisation vereinheitlicht werden könne. Revelun (Unabhängiger der revolutionären Richtung), Mitglied des Verständigungs-Komitees, spricht im gleichen Sinne und verweist darauf, daß das Komitee einstimmig die Reihenfolge der Tagesordnung beschlossen habe. Ein Delegierter der Ost-Föderation (leider der fünf Organisationen angehörend) unterstützt Joindys Vorschlag. In der Provinz besorge man vor allem die Einigung, alles andere sei minder wichtig. Wie im Osten sind ebenfalls Revolutionäre, denken aber nicht, daß Millerands Ministerchaft den Arbeitern geschadet hätte. Dalle (Possibilist) erklärt, daß Joindys seinen Antrag zurückzugeben habe. Daraus wird darüber abgestimmt, ob die Vorschläge des Komitees vor den Zusatzanträgen zu votieren seien. Das Resultat des Votums ist zweifelhaft. Eine zweite Abstimmung vermittelt der Niederlegung der Mandatskarten in verschiedenen Urnen soll über die Sache selbst entscheiden. Es handelt sich um den Vorschlag des Komitees, zunächst die drei Fragen der Tagesordnung zu diskutieren und dann eine Kommission zu wählen, die, in drei Unterkommissionen geteilt, die Beschlüsse ausarbeiten hätte. Guesdisten und Blanquisten stellen hingegen den Antrag, daß über jede einzelne Frage gesondert diskutiert und abgestimmt werde, sei es mit oder ohne kommissarische Beratung.

Infolge der großen Delegiertenzahl entsteht viel Zeitverlust. Es dauert geraume Zeit, bis der Sinn der gestellten Formfrage und die Art der Abstimmung klar gestellt ist. Schließlich findet man es bequemer, nicht mit Mandatskarten, sondern mit blauen und weißen Fetten abzustimmen, wie im Parlament.

Während der Zählung der Stimmzettel werden die anderen Punkte der Geschäftsordnungs-Vorschläge des Komitees durch Handaufheben votiert, darunter die Abfassung eines offiziellen Kongreß-Protokolls, mit der je zwei Vertreter der fünf Organisationen betraut werden sollen. Dieses Protokoll soll als das einzig authentische erklärt werden.

Zwischen wird das Resultat der Urnenabstimmung bekannt: der Guesdistisch-Blanquistische Vorschlag wird (nach vorläufiger Zählung) mit 830 gegen 461 Mandate angenommen.

Eine Debatte entspinnt sich über die Art der Vertretung der Organisationen in den mit der Ausarbeitung der Beschlüsse betrauten Kommissionen. Guesdisten und Blanquisten verlangen die pro-

portionelle Vertretung entsprechend der Zahl der Mandate, die anderen drei Organisationen, die zusammen weniger Mandate haben als die ersten zwei, verlangen die gleiche Zahl von Kommissionsmitgliedern für jede Organisation.

Die Debatte wird zuweilen ziemlich stürmisch. Die Gewerkschaftler betonen die qualitative Wichtigkeit der Mandate, während gewisse zahlreiche Mandate qualitativ nicht viel wert seien. Das erregt stürmischen Protest der Guesdisten und Blanquisten.

Die Debatte wird vertagt, denn es ist 12 1/2 Uhr geworden. Breton, blanquistischer Abgeordneter, schlägt vor, den sozialistischen Parteien aller Länder einen Gruß zu entbieten und den Wunsch des unerbitterlichen Friedens zu bekräftigen, angesichts der chauvinistischen Aufregungen der Bourgeoispressen. Die Resolution wird per Akklamation votiert.

Genoffin Sorque schlägt eine Resolution vor, auf Grund der Meldungen der Abendblätter über blutige Kavallerie-Massagen auf die Streikenden von Nantes die Regierung zu brandmarken. (Stürmischer Beifall der Guesdisten und Blanquisten.) Jaurès warnt vor einem übereifigen Beschluß, der zugleich die Frage Millerand vorwegnehmen würde. Umso mehr, als man zur Stunde noch keine authentischen Mitteilungen über die Vorgänge in Nantes besitze. Portais, Gemeinderat von Nantes, glaubt, die Prekmeldung sei eine Erfindung der nationalistischen Zeitung „Patrie“. Brunellères, ebenfalls aus Nantes, erklärt, er sei seit vier Tagen in Paris für die streikenden Tabakarbeiter von Nantes thätig, wobei Millerand die Förderung der Streikenden (Entlassung eines brutalen Direktors) durchgesetzt hätte.

Die Resolution Sorque wird am morgen vertagt. Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.

Paris, 4. Dezember.

**Zweite Sitzung (Montag nachmittag).**

Die Sitzung wird um 2 1/2 Uhr eröffnet. Zum Tagespräsidenten wird Abg. Sembat, Vertreter der sozialistisch-revolutionären Partei (Blanquisten), gewählt. Die übrigen Mitglieder des Bureau werden neu bestätigt und drei Vertreter der Gewerkschaften, der Genossenschaften und der departementalen Föderationen hinzugewählt.

Ueber die Frage der Zulassung der Presse entsteht eine kurze Debatte. Ein Delegierter der Arbeiterpartei (Guesdisten) spricht gegen die Zulassung, Lenormand im Namen der Mehrheit des Verständigungs-Komitees dafür. Die Zulassung der Presse wird mit erheblicher Mehrheit beschlossen. (Großer Beifall.)

Darauf werden die offiziellen Redakteure des Kongreßprotokolls, zwei für jede Organisation, gewählt.

Revelun schlägt vor im Namen der Gesamtheit der Verständigungs-Kommissionen, außer dem gedrängten Protokoll der gewählten Redakteure ein stenographisches Protokoll heranzuziehen, dessen Verlag von der sozialistischen Verhandlungskasse (Verlag der Revue „Mouvement Socialiste“) übernommen wird. Der Vorschlag wird einstimmig votiert.

Die gestern abgebrochene Debatte über die Zusammenfassung der Resolutions-Kommissionen wird wieder aufgenommen. Jaurès (Allemanist) empfiehlt warm die gleiche Vertretung aller Organisationen, im gleichen Sinne spricht ein weiterer Delegierter. Der dritte Redner, Devernah, von der guesdistischen Föderation des Norddepartements, verlangt die proportionale Vertretung im Verhältnis zur Zahl der Mandate. Er verweist gegenüber den Einspielungen der Vorredner, daß es im Norden keine fiktiven Mandate gebe. Diese Föderation allein vertrete 100000 sozialistische Stimmen. (Großer Beifall bei den Guesdisten.) Walter (Blanquist) spricht im gleichen Sinne. Es sei unmöglich, den Genossenschaften, die mitunter nur einige Mitglieder vertreten, die gleiche Vertreterzahl in der Kommission zu bewilligen. Constantin (guesdistische Föderation Mittelfrankreich) unterstützt die Beweisführung Walter's. Joindy verteidigt den Vorschlag der Mehrheit des Verständigungs-Komitees zu Gunsten der gleichen Vertretung und der Wahl der Kommission durch den ganzen Kongreß, wobei auch die Minderheit der fünf Organisationen einen Berichterstatter haben soll. Genung der Diskussionen über den Wert der verschiedenen Mandate, nachdem das Komitee im Geiste der Verständigung die Mandatsprüfung erledigt habe. Jaurès macht einen vermittelnden Vorschlag nach Art der Vertretung auf dem Kongreß selbst, ein Minimum von drei Kommissionsmitgliedern pro Organisation und überschüssige Mitglieder im Verhältnis zur Wahlmännerzahl der einzelnen Organisationen. Es liegen noch eine Anzahl weiterer Anträge vor. Grouffier (kommunist. Alliance, die mit den Blanquisten zusammengeht) verlangt eine besondere Vertretung für seine Organisation.

Das Votum über die Priorität des Entwerfes Walter auf proportionale Vertretung wird für zweifelhaft erklärt. Ein zweites Votum hierüber ergibt die Annahme der Priorität. (Andauernder Beifall.)

Der Vorsitzende beantragt, gemäß einem gestrigen allgemeinen Beschluß, das Votum über den Antrag selbst auf die Abendigung zu verschleppen. (Angenommen.)

Der Vorsitzende verliest hierauf das Begrüßungsschreiben der Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie. (Beifall und Aulse: Hoch die Internationale.)

**I. Der Klassenkampf und die Eroberung der politischen Macht.**

Jaurès erhält zunächst das Wort: Die Frage sei umfangreich und erweide die Leidenschaften. Die Zeit sei für die Redner zu kurz bemessen (20 Minuten). Er bittet daher um ruhige Anhörung und beginnt mit der Beleuchtung folgender von ihm vorgelegten Resolution, die die Notwendigkeit der Erlangung aller Wahlsitze ausdrückt und die Beteiligung eines Sozialisten an einer Bourgeoisregierung nur in ausnahmsweisen Situationen für zulässig erklärt, unter der Bedingung jedoch, daß die Partei zuvor darüber entscheidet und der sozialistische Minister vor dem Parteitag Rechenschaft ablegt.

Unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Kongresses entwickelt Jaurès die Gedanken seiner Resolution. Er zitiert aus der neulichen Prosklare Lafargues einen Satz, der die Ministerchaft Millerands als ein wirksames Propagandamittel für die Partei bezeichnet. Weiter verweist er auf den Beschluß des guesdistischen Kongresses zu Eprenay, wo die Ministerfrage ja referiert wurde. Er verlange nun dasselbe für den Einigungskongreß. Auch die sozialistischen Bürgermeister hätten mitunter schwere Verantwortlichkeiten zu übernehmen, insofern sie Polizeichefs sind. Wie das „eherne Lohngesetz“ fallen gelassen wurde, so würde auch das eherner „Ministergesetz“ fallen, ohne dem revolutionären Charakter der Partei Abbruch zu thun. Man wisse nicht, wann die kapitalistische Gesellschaft zusammenstürze werde. Praktische Reformtätigkeit sei notwendig. Das Interesse des Sozialismus sei, diese Reformen in die eigene Hand zu nehmen. Ein sozialistischer Minister, der Reformen durchsetze, setze ihnen damit ein sozialistisches Gepräge auf. Sollen denn die Sozialisten aus Doktrinarismus die Durchführung von Reformen den Bourgeoispartei überlassen? Reform und Revolution seien innig verknüpft. Früher habe man auch die Gewerkschaften und Genossenschaften als bourgeoise Aktionen herabgesetzt. Die Entwicklung habe diesen doktrinarischen Standpunkt überwunden. Gelange der Sozialismus zur Einigung, dann werde der Minister sein Delegierter sein und die Partei werde in Krisenzeiten der Bourgeoisie ihre Bedingungen für den Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium diktiert können. Redner schließt mit einem Appell an die Einigung. (Beifall der kleineren Häufe des Kongresses.)

Ebers (Blanquist) bekämpft Jaurès' Resolution. Keine Kompromisse mit den Feinden des Proletariats! Die radikale Partei habe auf dem Wege der Kompromisse — unter dem Vorwand von Reformen — sich diskreditiert. Hüten wir uns vor parlamentarischem und ministeriellem Schacher! Treten wir nicht in die Fußstapfen der Radikalen, die alle ihre Reformen um fette Pfunden verschachert hätten. (Beifall.) Die ministerielle Verantwortlichkeit ist für einen Sozialisten schwer, aber nicht in dem Sinne, wie

Jaurès gemeint habe, sondern deshalb, weil ein Sozialist nicht regieren dürfe, während es so viel proletarische Hungerleider gebe, so viel Opfer der kapitalistischen Ausbeutung, der militärischen Disziplin, so viel von der Volizei mißhandelte Streikende. „Wir können nur als revolutionäre Regierung an die Macht gelangen, ich erinnere an die Kommune!“ (Stürmischer Beifall. Aulse: „Hoch die Kommune!“)

Chauby (Allemanist), ehemaliger Kommune, ruft gleichfalls „Hoch die Kommune!“, das habe er ihm aber nicht, Jaurès' Resolution zuzustimmen. Die Republik müsse stets hochgehalten werden, sie sei Vorbedingung der sozialen Republik. Redner verbreitet sich in endlosen Sätzen über die Kommune und die Entstehung der dritten Republik. Man hört ihn schließlich nicht mehr wegen der fortwährenden Gespräche der Delegierten.

Schluß der Nachmittags-Sitzung 6 Uhr.

**Gerichts-Zeitung.**

**Das letzte Nachspiel zum Soltaner Urteil.**

Erfurt, 5. Dezember. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich heute der Genosse Rudolph, früherer verantwortlicher Redakteur der „Tribüne“, wegen Verleibung des Dresdener Ober-Landesgerichts zu verantworten. Bekanntlich schrieb seiner Zeit der „Vorwärts“ nach der Bekanntgabe des Justizanspruchs unter anderem: „Und wohlbelannt ist die Spruchprozeß des höchsten sächsischen Gerichtshofes, der oft ohne Umschweife die Angehörigen der Arbeiterpartei als münderen Rechts erklärt hat, denn andere Staatsbürger.“ Genosse Jacoben vom „Vorwärts“ wurde von der Anklage der Verleibung freigesprochen, da die IV. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin auf Grund der von Jacoben beigebrachten Entscheidungen des Dresdener Gerichts den Beweis für erbracht hielt, daß die Anhänger der Arbeiterpartei durch die angezogene Spruchprozeß in der That rechtlich unglücklicher gestellt worden seien, als die Anhänger anderer Parteien. Der Artikel des „Vorwärts“ mit dem infrimierten Satze war auch von der „Tribüne“ abgedruckt worden, was zur Folge hatte, daß Rudolph eine Anklage zugestellt erhielt. Verschiedene Male war bereits Termin in dieser Angelegenheit angesetzt worden, jedoch stets vertagt, weil man noch nicht in den Besitz der Dresdener Urteile war. Zuletzt glaubte man, es würde in diesem Prozeß die Verjährung eintreten und das Gericht gar nicht in die Lage kommen, sich mit dieser delikaten Angelegenheit beschäftigen zu müssen. Ueber die Hoffnung war eine trügerische; das Erfurter Landgericht legte noch in letzter Stunde den Termin an und blieb so seinen traditionellen Gepflogenheiten uns gegenüber getreu.

Nach Vorlesung des infrimierten Urteils bestritt Genosse Rudolph die Abficht der Verleibung gehabt zu haben. Die Frage eines Beiführers, ob der Angeklagte „Arbeiterpartei“ und „Sozialdemokratie“ als gleichbedeutend betrachte, beantwortet Rudolph in bejahendem Sinne. Weiter bemerkt der Beiführende Richter, daß das Ober-Landesgericht nur als Berufungsinstanz in Frage komme und selbst Urteile nicht fälle.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Zander-Erfurt stellt den Antrag, die sechs Urteile des sächsischen Ober-Landesgerichts zur Verlesung zu bringen. Seitens der Staatsanwaltschaft wird dem Antrage widersprochen. Der Gerichtshof beschließt die Verlesung. Es werden nunmehr dieselben Aktenstücke zur Verlesung gebracht, deren Inhalt das Erfurter Landgericht zu einem Freisprechung Jacobens führte.

Der Staatsanwalt führte in seinem Waidwort aus, daß der „geschmackvolle“ Artikel der „Tribüne“ unbedingt eine Verleibung der sächsischen Justiz enthalte. Ramentlich die Steigerung des Tons im zweiten Teil der Artikel sei bezeichnend für die Abficht des Angeklagten, in dem direkt von „zweiertei“ „Rak“, „Tide“ usw. die Rede sei. Neuerungen also, die den sächsischen Richter in Harnisch bringen und ihn in den Augen des Publikums herabschleppen müssen. Er beantrage, den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis zu verurteilen, unfern, als derselbe schon wegen Verleibungen verurteilt sei und Verleibungen fallen ganz besonders schwer ins Gewicht.

Der Verteidiger bemerkt, daß der Sinn des infrimierten Urteils nicht richtig seitens der Anklagebehörde wiedergegeben sei. Keineswegs enthalte der Artikel einen geistreichen Ton bezüglich der sächsischen Justiz. Ein Vorwurf der willkürlichen Rechtsbenutzung sei nicht erhoben worden, nur werde gesagt, daß man diese oder jene Straftat unter dem parteigenössigen Gesichtswinkel anders bewerte. Der Verteidiger bespricht die vorgelesenen Urteile und legt dar, daß sich aus diesen heraus der eingangs angeführte Satz bewiesen lasse. Auch müsse dem Angeklagten der § 193 zugestimmt werden. Er ersuche um Freisprechung. Das Urteil des Gerichts lautete auf zwei Monate Gefängnis und die üblichen Nebenstrafen, die Urteilsbegründung bewegt sich fast im selben Rahmen wie die des Dresdener Gerichts. Aus den vorgelesenen Urteilen des sächsischen Ober-Landesgerichts lasse sich keineswegs eine derartige Schlussfolgerung ziehen, wie sie der Verteidiger gezogen habe.

**Begen das Gesetz betreffend den Verkehr der Versicherungs-**

ankalten vom 17. Mai 1883 sollten sich die Herren Richter und Wirth vergangen haben. Der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler untersteht eine Frauen-Sterbekasse für Mitglieder der genannten Hilfsklasse. Die Frauen-Sterbekasse wird in Hamburg von einem besonderen Vorstande verwaltet, dessen Wahl jedoch in der Generalversammlung der Tischler-Central-Krankenkasse erfolgt. In Breslau, wo die Frauen-Sterbekasse eine größere Anzahl Mitglieder hat, werden von diesen die Beiträge durch die Angeklagten eingezogen, die sie dann an den Vorstand abführen. Sie erhalten dafür eine bestimmte Provision. Die Staatsanwaltschaft warf ihnen einen Verstoß gegen den § 7 des Gesetzes vom 17. Mai 1883 vor. Danach ist zu bestrafen, wer für nicht konzeffionierte Unternehmer von Versicherungsanstalten, oder für konzeffionierte Unternehmer solcher Anstalten, aber ohne eigene Konzeffion selbst oder durch andere, gewerbsweise oder doch gegen irgend einen Vorteil Versicherungsverträge abschließt oder vermittelt. Die Angeklagten hatten selber keine Konzeffion und die Staatsanwaltschaft bestritt, daß die Frauen-Sterbekasse konzeffioniert sei. Die Angeklagten wurden in zweiter Instanz freigesprochen. Das Gericht führte aus, das Gesetz von 1883 und besonders sein § 7 könne auf A. und B. schon deshalb nicht angewendet werden, weil sie für die erhaltenen Provisionen nur Beiträge eingezogen hätten. Das Eingehen von Beiträgen für eine Versicherungsanstalt könne weder als eine Vermittelung, noch als ein Abschluß von Versicherungsverträgen, noch als ein Verbrechen gelten. Die Staatsanwaltschaft legte noch Revision ein und machte geltend, das Landgericht habe den § 7 rechtsirrtümlich nicht angewendet. Der Vertreter der Angeklagten betonte, daß die Frauen-Sterbekasse als eine konzeffionierte Versicherungsanstalt anzusehen sei, weil sie nur einen Teil der genehmigten Tischler-Hilfsklasse bilde. Der Staatsanwalt des Kammergerichts verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft, indem er der Auffassung des Landgerichts beipflichtete.

**Zweeit gehende polizeiliche Fürsorge.**

Der Landrat des Kreises Striegau erließ am 4. April 1898 eine Polizeiverordnung über den Mißbrauch geistiger Getränke, in der verboten war das Einbringen von geistigen Getränken in Steinbrüche, Steinbruch-Verstätten und die im Umkreise von 1 Kilometer bei Steinbrüchen belegenen Gebäude. Nur einfaches Bier sollte ausgenommen sein. Der Amtlicher Dieb sollte wegen Vergehens gegen die Verordnung eine Geldstrafe zahlen, weil er in einem Steinbruch bei Striegau drei Kisten Lagerbier abgeladen hatte. Er wurde in sämtlichen Instanzen freigesprochen. Das Kammergericht erklärte, daß eine Polizeiverordnung rechtswidrig sei, die das absolute Verbot des Einbringens geistiger Getränke in Steinbrüche etc. ausspreche. Mit demselben Recht könnte den Arbeitern ganz allgemein verboten werden, Messer bei sich zu führen,

weil sie damit einmal Mißbrauch treiben könnten. Dem übermäßigen Genuß geistiger Getränke könne die Polizei allerdings durch Verbordnungen entgegenzutreten, die Verordnung vom 4. April 1808 gebe darüber aber weit hinaus. Sie lasse sich nicht durch die §§ 60, 61 und 61 des Polizei-Verwaltungs-Gesetzes rechtfertigen.

**Aus dem dunkelsten Brennen.** Eine für die Feuerbestattung bedeutsame Entscheidung hat das Landgericht zu Hagen in Westfalen soeben getroffen. Der Fabrikant Fritz Hude, der im Februar d. J. zu Hagen verstorben ist, hatte vor seinem Tode bestimmt, daß seine Leiche in Gorha verbrannt werden sollte, da er Mitglied des Feuerbestattungs-Vereins war. Die Witwe kam dieser Bestimmung nach und wollte die Asche in einer Urne in dem auf dem Friedhof der evangelischen Gemeinde gelegenen Erbegräbnis der Familie Hude beisetzen lassen. Hierzu verlagte jedoch der Vorstand der dortigen Kirchengemeinde die Erlaubnis, da in Preußen die Feuerbestattung noch nicht zulässig ist. Die Witwe mußte deshalb vorläufig auf dem von dem dortigen Feuerbestattungsverein erworbenen Plage beigesetzt werden. Die Witwe Hude beauftragte nunmehr den genannten Verein, gegen die Gemeinde auf Zulassung der Beisetzung auf dem Kirchhof zu klagen. Das Landgericht zu Hagen hat auf diese Klage entschieden, daß die Gemeinde die Beisetzung der Asche auf dem Kirchhofe nicht verweigern dürfe. Es bleibt abzuwarten, ob die Gemeinde gegen dieses Urteil die Revision beim Reichsgericht einlegen wird, da dies sonst von principieller Bedeutung wird.

**Wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Anpöbele** hatte sich gestern der Hausbesitzer Oskar Wasserleben vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu acht Tagen Gefängnis. Wie der Vorsitzende bei der Urteilsbegründung ausführte, erblickte der Gerichtshof den erforderlichen Eigennutz darin, daß der Angeklagte Sittenmädchen in seinem Hause wohnen ließ, um selbst unentgeltlich seine Leidenenschaften befriedigen zu können, wie das in mehreren Fällen vorgekommen war, und ferner darin, daß sich in seinem Hause schlechte Wohnungen befanden, die er, da er sie sonst möglicherweise nicht hätte vermieten können, an Sittenmädchen, deren Treiben ihm bekannt war, vermietete, nur um die Wohnungen loszuwerden und seinen zu großen Schanden zu erleiden. Der Gerichtshof war davon überzeugt, daß sich die betreffenden Mädchen dem Angeklagten nur mit Rücksicht auf seine Eigenschaft als Hausbesitzer, um wohnen bleiben zu können, unentgeltlich hergegeben hätten.

## Prozeß Buchwald - Hahn.

Die erneute Verhandlung dieses sensationellen Mordanschlags bespricht einen noch größeren Umfang anzunehmen, als die frühere. Seitens der Verteidigung, die in den Händen der Rechtsanwältin Dr. Werthauer, Schöps und Vincus I liegt, ist ein großer Zeugenapparat aufgetrieben worden. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Schulze, läßt wegen der voranschreitlich langen Dauer der Verhandlung einen Erlass-Geschworenen auslösen. Die Anklagebehörde wird diesmal durch Staatsanwalt Kühne vertreten.

Zunächst wird die Angeklagte Buchwald vernommen. Sie wiederholt ihr in der früheren Verhandlung abgegebenes Geständnis. Den mit dem Mordangeklagten Hahn verabredeten Plan, wonach sie dessen Ehefrau durch Ertrinken aus dem Wege räumen sollte, habe sie wieder aufgegeben gehabt. Als Frau Hahn ihrer aber doch auf dem einsamen Wege in der Nähe des Bahnhofs Schmargendorf ansichtig geworden sei und sie beschimpft und mit dem Schirm geschlagen habe, da sei sie von Wut ergriffen worden und habe blindlings mit dem Messer auf ihre Begleiterin eingestochen. Eine Ueberlegung bei der That könne ihr also nicht zugeschrieben werden. Die Angeklagte schildert sodann, wie sie mit Hahn im Deutschen Hause in Schmargendorf, wo derselbe zum Tanz aufspielte, bekannt geworden sei. Sie sei zu ihm in nähere Beziehungen getreten und werde infolgedessen nach einigen Monaten Mutter werden. Hahn habe wiederholt geäußert, daß er seine Ehefrau aus dem Wege räumen wolle, und einmal habe er gesagt, daß er dieselbe gelegentlich einer Adbeltour hinterwald erschließen werde. Sie habe ihn auf die Gefährlichkeit dieses Unternehmens hingewiesen, und darauf sei Hahn mit dem Vorschlag an sie herangekommen, daß sie den mörderischen Ueberfall ausführen solle. Nach längerer Ueberredung habe sie sich dazu bereit erklärt. Am 8. Juni habe sie von Hahn einen Brief erhalten, worin sie zum folgenden Tage nach dem Wohnhof Schmargendorf bestellt wurde. Hier hätten sie den Mordplan noch einmal aus eingehend besprochen und den Ort bestimmt, wo die That zur Ausführung gebracht werden sollte. In der Nacht vom 12. Juni, nachdem der Sonntagstag im Deutschen Hause beendet war und fast alle Gäste den Heimweg angetreten hatten, habe sie, vom Weidengebüsch verdeckt, an der einsamen Stelle auf Frau Hahn gewartet. In ihrer Tasche befand sich das spitze, scharfe Küchenmesser, das sie schon des Morgens zu sich geliebt. Während des Wartens sei sie zu einer besseren Einsicht gekommen, sie habe den Mordplan wieder aufgegeben. Als Frau Hahn sich näherte, habe sie versucht, sich völlig zu verstecken, sie wollte dieselbe unbedenklich vorübergehen lassen. In ihrem Leidwesen sei es dann anders gekommen.

Der Angeklagte Hahn wiederholte, daß die ganze Verzeichnung der Buchwald erfunden sei. Er habe keine Veranlassung gehabt, den Tod seiner Ehefrau herbeizuwünschen, geschweige denn, die Buchwald zu dem schweren Verbrechen anzuspornen. Allerdings müsse er zugeben, mit der Buchwald im vertrauten Verkehr gestanden zu haben, er habe aber wiederholt den Versuch gemacht, mit ihr zu brechen.

Der Angeklagte Hahn erhob jetzt den neuen Einwand, daß er sich nicht für völlig geistesgesund halte. Ein Onkel von ihm sei im Irrenhause verstorben. Die Zeugen, die über diesen Punkt vernommen werden, haben nie etwas Auffälliges an ihm bemerkt, schildern ihn vielmehr als einen ruhigen, besonnenen Mann. Eine andere Reihe von Zeugen weiß zu bekunden, daß Hahn der Buchwald gegenüber sich als ein feuriger Liebhaber zeigte. Er habe sie des Abends oft von der Arbeitstätte abgeholt. In einer Arbeitskollektion der Buchwald hat Hahn geäußert: „Er werde nie von der Buchwald lassen, möge kommen was da wolle“.

### Die Ueberfallene.

**Chefrau Pauline Hahn,** schildert den Vorfall beim Schmargendorfer Bahnhof im wesentlichen, wie in der Anlage festgesetzt ist. Sie sei gegen Abend nach dem Deutschen Hause in Schmargendorf gekommen, um nach Schluß des Tages mit ihrem Ehemann den Heimweg anzutreten. Sie sei dort mit der Buchwald zusammengetroffen, der sie ein Schimpfwort zu gerufen habe. Als sie zum Aufbruch bereit waren, habe ihr Mann gesagt: „Wir fahren doch?“ Sie habe aber erwidert, daß sie bei dem guten Weg gehen könnten. Als sie den einsamen Nachmittag eingeschlagen hätten, habe ihr Mann erklärt, daß er antreten müsse. Sie sei langsam vorangegangen. Plötzlich habe sie die Buchwald zu Gesicht bekommen. Die Jungfrau habe gesagt: „Da ist ja das alte Frauzenzimmer!“ Darauf habe die Buchwald sie mit der Linken am Halse gepackt und mit dem Messer, das sie in der Rechten hielt, auf sie eingestochen mit den Worten: „Ich will Blut sehen!“ Nun erst habe die Jungfrau zur Flucht mit dem Schirm geschlagen; die Darstellung der Buchwald, daß die Jungfrau zuerst geschlagen habe, sei unklar. In Betreff der verdächtigen Umstände, aus denen die Anklage ein Einverständnis zwischen der Buchwald und Hahn folgert, schwächt die Jungfrau ihre früheren Aussagen ab, sie will ihrem Ehemann keine Vorbildungen darüber gemacht haben, daß er zu spät zu ihrer Hilfe herbeigeeilt sei. Sie erklärt auch, daß ihr Mann gar nicht habe annehmen können, daß sie an dem betreffenden Abende nach Schmargendorf kommen würde. Die Jungfrau hat sich nie mit Scheidungsgedanken getragen haben, obgleich sie von dem Verhältnisse zwischen ihrem Mann und der Buchwald Kenntnis hatte.

Dr. med. Grohmann, der der Verletzten die erste ärztliche Hilfe geleistet hat, bekundet, daß Frau Hahn am Halse zwei Stichwunden erhalten hat, von denen die eine ganz unbedeutend, die andere ernsterer Natur war.

Die weiteren Zeugenaussagen sind ziemlich bedeutungslos.

Staatsanwalt Kühne begann kurz vor 9 Uhr sein Plaidoyer. Er führte aus, daß die Angabe der Buchwald, daß sie den Mordplan wieder aufgegeben habe, keinen Glauben verdiene und daß die innere Wahrscheinlichkeit schon dafür spreche, daß Hahn mit dem Verbrechen einverstanden war. Er bat deshalb, die Hauptschuldfragen zu bejahen.

Die Geschworenen sprachen die Angeklagte schuldig der schweren Körperverletzung mittels eines Messers unter Verneinung von mildernden Umständen, in Betreff des Angeklagten Hahn wurden sämtliche Schuldfragen verneint.

Das Urteil lautete gegen die Buchwald auf ein Jahr Gefängnis. Hahn wurde freigesprochen.

## Veranstaltungen.

**Die Tapezierer** beschäftigten sich in einer am Montag abgehaltenen öffentlichen Versammlung mit dem Streit bei der Firma Heymann, Prinzessinnenstraße. Wie aus den Darlegungen der Redner hervorging, ist die Arbeitseinstellung zurückzuführen auf eine Herabsetzung der ohnehin schon ganz außerordentlich niedrigen Löhne. Zur Zurücknahme der Abzüge wollte sich Herr Heymann nicht verstehen, und die verfrüchte Einigung blieb deshalb ohne Erfolg. Die Streikenden verlangen nun eine Erhöhung der Accordpreise um 25 Proz., außerdem sind einige Lebensforderungen aufgestellt. Wie weiter bemerkt wurde, ist Herr Heymann wegen seiner billigen Preise und niedrigen Löhne, sowohl in Unternehmerr- wie in Gehilfenkreisen unbeliebt, trotzdem haben sich aber doch einige Streikbrecher — allerdings sehr minderwertige Kräfte — bereit gefunden, bei Heymann anzufangen. Einer dieser Arbeitswilligen war auch in der Versammlung anwesend. Er suchte sein unsofortisches Verhalten zu verteidigen nach dem Grundsatz: Ich sorge für mich, was gehen mich die Kollegen an! Das Auftreten des Streikbrechers veranlaßte begreiflicherweise lebhafteste Gegenäußerungen. Weiter wurde in der Debatte hervorgehoben, daß die Polizei auch bei dieser Gelegenheit wieder mit der bekannten Schärfe gegen die Streikposten vorgeht. In einem einzigen Tage sind sieben Festsetzungen von Personen, die in der Nähe der Heymannschen Werkstatt hin und her gingen, bewirkt worden. Gelegentlich der Versammlungs-Anzeige hat auch die Firma Raud u. Hartmann wieder ihr angenehmes Censorenamt ausgetübt, indem sie verlangte und durchsetzte, daß auf den Säulenplakaten nicht „der Streik bei Heymann“, sondern „der Streik bei einer Firma in der Prinzessinnenstraße“ als Tagesordnung angegeben wurde. Nach Schluß der Debatte gelangte eine Resolution zur Annahme des Inhalts: Die Versammlung erkennt das Vorgehen der Kollegen der Heymannschen Werkstatt als gerechtfertigt an, sie bedauert aber, daß die Kollegen nicht schon früher etwas für die Auflockerung der daselbst herrschenden traurigen Verhältnisse gethan haben. Den Streikenden wird moralische und materielle Unterstützung zugesagt unter der Voraussetzung, daß dieselben sich verpflichten, bis zur Bewilligung ihrer Forderungen auszuharren.

**Holzarbeiterverband.** Die Brauche der Einseher hielt am 20. November Versammlung bei Herzberg ab, in welcher Ratze ein Vortrag über Rechte und Pflichten der Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes hielt. Pflicht eines jeden Mitglieds sei, dem Verband beizutreten.

**Die Müßelplöcker** (Zentrale Süd-Ost) hielten am 27. d. M. Versammlung ab. Nach einem Vortrag Meyers wurden Werkstattangelegenheiten erörtert; namentlich wurde das Verhalten der Kollegen bei der Firma J. C. Hoff wegen ihrer Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber getadelt. Die Dezember-Versammlung fällt der Feiertage wegen aus.

## Der Krieg.

**Die Schlacht am Modderflus** war von den Engländern zuerst als glänzender Sieg ausgegeben worden. Allmählich zeigte sich, daß die Siegesnachrichten mindestens sehr übertrieben waren, und schließlich stellt sich heraus, daß es mit diesem Siege nicht anders war, als mit den anderen, welche die Engländer in Natal davongetragen haben wollten. Auch die Schlacht am Modderflus nämlich von Kimberley war eher eine Niederlage als ein Sieg der englischen Truppen. Der Neutralität Kriegs-Korrespondent giebt unter dem 20. November folgende Darstellung von der Schlacht: Eine furchtbare Schlacht hat hier gestern stattgefunden. Die Division Methuens verließ das Witteboep-Lager um vier Uhr morgens, die Kavallerie und Artillerie voran, und rückte gegen den Modderriver vor. Um fünf Uhr befand die Artillerie sich im Gefecht, und um 6 Uhr 40 Min. war der Kampf allgemein. Die Gardebrigade rückte rechts, die neunte Brigade links vor. Die schottische Garde überschritt das Wasser und wurde sofort vom Feind in einen Kampf verwickelt. Ihr Maximengewehr wurde unbrauchbar gemacht. Als die Truppen gegen die Feinde vorrückten, wurde ein schreckliches Feuer auf sie gerichtet. Der Feind hatte eine sehr starke Stellung inne, die sich aus englische Wällen ausbaute. Seine Laufgräben waren vor Bäumen gebaut. Die britische Artillerie beschoß die Boeren nach allen Richtungen. Nach fünfständigem, hartem Kampfe trat Pause ein. Darauf begann ein heftiges Geschützfeuer, das über eine Stunde dauerte. Die Engländer konnten den Feind in seinen Gräben nicht sehen, aber ihre Artillerie bewährte sich ausgezeichnet. Das unregelmäßige Kanonenfeuer dauerte mehrere Stunden und der Fluss wurde darauf überschritten. Die Briten kämpften tapfer, aber littens schwer, die Garde hatte während zwei Stunden nachmittags ein furchtbares Feuer auszuhalten, wobei die Engländer über die ganze Ebene fielen. Die Schlacht wüthete sechs Stunden. Die Boeren hatten schwere Verluste; die Stärke ihres Heeres wird auf 11000 Mann geschätzt. Während der Nacht räumte der Feind seine Stellung. Die Engländer sind im Besitze des Modderrivers. — Der Korrespondent nennt die Schlacht das Waterloo des Feldzuges.

Die Londoner Wälder bringen noch zahlreiche Einzelheiten über das Gescheh bei Modderriver, bedauern lebhaft den Mangel an Artillerie und Kavallerie und verlangen, daß diese Truppengattungen unverzüglich beschafft werden.

**London, 5. Dezember.** Das „Kontinental Bureau“ meldet aus Kapstadt, daß einer Depesche aus Maseru vom 1. Dezember gäben die Boeren zu, bei Kimberley und am Drakensberge schwere Verluste erlitten zu haben. Desgleichen werde aus Maseru gemeldet, daß die Belagerung von Mafeking aufgehoben sei. (1)

### Im Süden.

Nach einem Telegramm der „Times“ aus Sterkstroom hat General Gatacre am 29. November in Rokeno Truppen konzentriert.

Ein Telegramm aus Koffstad in Ost-Oriqualand besagt, daß Boeren aus Carlyl East in Drakensberg in der Nähe des Feldberges gesehen wurden, dieselben hätten augenscheinlich die Absicht, einen Einfall in Ost-Oriqualand zu machen.

### In Natal.

„Daily Mail“ rechnet aus, daß die Streitmacht der Boeren am Zugelafusse 25 bis 30000 Mann betrage. Die Verluste seien seit Beginn des Krieges durch Heranziehung von Freiwilligen aus der Kolonie ersetzt worden, so daß die Boeren heute noch ebenso stark seien, wie zu Beginn des Krieges.

Die „Times“ meldet aus dem englischen Lager bei Greer vom 29. v. M., daß die Stellungen der Boeren bei Colenso von den britischen Vorkorpsen in Chibvelen aus sichtbar sind. Die Stellung scheint sehr stark zu sein, ein Frontangriff auf dieselbe erscheint beinahe unausführbar.

### Neue Rüstungen in England.

In Generalkabinett sind beschäftigt man sich bereits mit der Bildung eines neuen Armee-Korps von 20000 Mann. Es wird mit der größten Eile an der Zusammenstellung dieser neuen Kolonne gearbeitet. Auch an der Herstellung der erforderlichen Munition wird in Woolwich eifrig gearbeitet, 1500 Arbeiter sind zu diesem Zwecke neu eingestellt worden.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Kompottprozess in Paris.

Paris, 5. November. (W. Z. A.) In geheimer Sitzung beschließt der Gerichtshof den Advokaten Hornbostel wegen Verleumdung von Senatoren auf drei Monate seines Amtes zu entheben und die Anträge des Advokaten Coatin abzulehnen.

### Holländisches Parlament.

Haag, 5. Dezember. (W. Z. A.) In der zweiten Kammer erklärt bei der Beratung des Budgets des Reichens der Minister de Beaufort, daß die Regierung gegenüber den kriegsführenden Parteien in Südafrika bisher eine besonnene Haltung eingenommen habe und dies auch weiter thun werde. Diese Erklärung der Regierung wird von den Parteiführern gebilligt. Redner verschiedener Richtungen greifen die Regierung an, weil sie die Einladung zur Konferenz im Haag unter den Bedingungen angenommen habe, welche sich auf die Einladung des Papstes und der Südafrikanischen Republik zur Konferenz bezogen. Ruyter beantragt, der Regierung die Mißbilligung des Hauses wegen der Nichterladung der südafrikanischen Republik auszusprechen. Hierauf wird die Sitzung auf morgen verlag.

### Die Botschaft des Präsidenten Mac Kinley.

Washington, 5. Dezember. (W. Z. A.) Dem Kongress ist heute eine Botschaft des Präsidenten Mac Kinley zugegangen. Dieselbe beginnt mit der Feststellung, daß das Land sich außerordentlichem Gedeihen erfreue. Sein auswärtiger Handel habe eine große Zunahme gezeigt. Der Wert der Einfuhr und Ausfuhr zusammen sei in diesem Rechnungsjahre größer als ihn die Geschichte des Landes je aufzuweisen hatte. Die Einfuhr sei auf den Kopf der Bevölkerung um 20 Proz. geringer als im Jahre 1870, die Ausfuhr um 58 Proz. größer. Die einzigen Jahre, in denen die im Auslande verkauften Erzeugnisse der amerikanischen Industrien die im Auslande gelaufenen überstiegen, seien 1898 und 1899 gewesen. Die gesamten Staatseinnahmen des im Juni zu Ende gegangenen Rechnungsjahres hätten mit Einschluß der Schuld der Central-Pacific-Bahn 610 982 004 Dollar, die Ausgaben 700 003 564 Dollar betragen. Die Einnahmen des laufenden Jahres würden auf 640 958 113 Dollar, die Ausgaben desselben auf 600 958 112 Dollar geschätzt. Der Präsident betont sodann die Notwendigkeit einer Verbesserung der Bankgesetzgebung. Der Präsident lenkt sodann die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Bedeutung der amerikanischen Handelsmarine und sagt, es werde dem Lande nicht möglich sein, alle seine Chancen auszunutzen, wenn es selbstzufrieden nur die Angelegenheiten in der Heimat betrachte, und seine Augen gegen die Notwendigkeit verschließe, sich einen Anteil an dem wertvollen Niederei-Geschäfte der Welt zu sichern. Des weiteren lenkt der Präsident die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Handels-Krisis (Zucker), die den Wettbewerb erstiden und die Preise der von der Bevölkerung verbrauchten Güter festsetzen.

Die Regierung erwarte, daß Nicaragua der streitenden Partei volles und billiges Gehör gewähren werde. Der Präsident betont auch diesmal die Notwendigkeit eines Kanals, der das Atlantische mit dem Stillen Meer verbindet. Die Botschaft befürwortet ferner die Bewilligung eines Betrag zur Einsetzung einer Kommission zum Studium der Handels- und Industrie-Verhältnisse in China im Hinblick auf eine Erweiterung der chinesischen Märkte für die amerikanischen Rohprodukte und Fabrikate. „Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu dem Deutschen Reich“, fährt die Botschaft fort, „sind anabender die herzlichsten. Die wachsende Intimität in der direkten Verbindung ist gekennzeichnet worden durch die im April gewährte Erlaubnis zur Legung eines Kabels von Vortum und Emden und durch den im September erfolgten Abschluß eines Uebereinkommens betr. den Postpalet-Verkehr.“

Wir mögen Nebenbuhler in vielen wesentlichen Punkten sein, aber unsere Lebensüberdauerung sollte stets edelmütig und offen sein. Einige Regierungen im Deutschen Reich scheinen abgeneigt zu sein, heißt es dann weiter, die ausgezeichnete natürliche Reife unserer zur menschlichen Nahrung dienenden Erzeugnisse und den von uns beständig gelieferten Beweis der Fürsorge anzuerkennen, mit der deren Reinheit durch eine scharfe Aufsicht von der Farm durch die Schlacht- und Pachthäuser bis zum Verschiffungshafen überwacht wird. Es darf mit der Zeit gehofft werden, daß die beiden Regierungen gemeinschaftlich zur Verwirklichung ihres gemeinsamen Zieles thätig sein werden, die öffentliche Gesundheit zu schützen und die Reinheit und Zuraglichkeit aller von beiden eingeführten Lebensmittel-erzeugnisse sicher zu stellen.“ Der Präsident schlägt sodann vor, der Kongress möge die Ermächtigung erteilen, Deutschland im Zusammenhang mit den schwebenden Reciprocity-Verhandlungen zur Erneuerung einer gemeinsamen Kommission von Fachmännern einzuladen, die eine eingehende Untersuchung über die Erzeugung und Ausfuhr von Lebensmitteln in den beiden Ländern anstellen solle. Sodann bepricht die Botschaft die Beziehungen zu Großbritannien und betont, daß abgesehen von der Alaska-Grenzfrage die Erörterung der zahlreichen Angelegenheiten, die sich als Folge des bedeutenden Verkehrs zwischen England und Amerika ergebe, durch eine höchst freundschaftliche Stimmung gekennzeichnet werde.

Die Regierung beharrt Neutralität gegenüber dem unglücklichen Circus in Südafrika. Sie sei dem Grundfahne treu geblieben, sich nicht auf Allianzen einzulassen, welche Angelegenheiten betreffen, die nicht das Land direkt angehen. Amerika habe beiden kämpfenden Parteien gegenüber Unparteilichkeit gezeigt. Die Botschaft erwähnt sodann das befriedigende Abkommen betreffend Samoa und teilt mit, daß dem Senate der am Sonnabend unterzeichnete Vertrag zugehen werde, der Amerika dieselben Privilegien und Bedingungen bezüglich des Handels und der Handelsplätze auf den Inseln gewähre wie Deutschland. Ueber die Ansprüche der weichen Einwohner für die während der Unruhen dort erlittenen Schäden werde ein neutraler Schiedsrichter entscheiden.

**Sinnlichlich Kuba** wird in der Botschaft erklärt, Amerika werde die Regierung und Bevölkerung der Insel dem Volke desselben überlassen, wenn die Wiederherstellung der Ruhe vollendet sein werde. Dieses Versprechen werde heiligst innegehalten werden. Nach Ansicht des Präsidenten sei ein wesentlicher Fortschritt in dieser Richtung gemacht. Es werde keine Mühe gespart, um die günstige Haltung Spaniens zu erwidern und in allen praktischen Beziehungen die Intimität zwischen den beiden Nationen zu pflegen. Was die künftige Regierung der Philippinen angehe, so bleibe diese dem Kongress überlassen.

Die Inseln können nicht aufgegeben werden; auch der Vorschlag, den Inseln die Unabhängigkeit zu geben und dabei ein amerikanisches Protektorat aufrechtzuerhalten, verdiene keine ernste Erwägung. Der Präsident tritt dafür ein, daß Municipalregierungen, sobald Provinzregierungen und schließlich eine Centralregierung errichtet werden.

Der beste Dienst, der den Aufständischen geschehen könnte, würde die rasche und wirksame Niederwerfung Aguinaldos sein.

**Frankfurt a. M., 5. Dezember.** (W. Z.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Die drei Hauptunterzeichner der feiner Zeit der englischen Botschaft überreichten türkischen Sympathie-Adressen wurden am Sonnabend auf Anordnung des Palais verhaftet. Der Botschafter O'Connor hat gegen die Verhaftung energisch protestiert und die Freilassung gefordert.

**Paris, 5. Dezember.** (W. Z.) Der Minister des Innern hat die Beschlagnahme eines Liedes über die Königin von England angeordnet und dessen Abfindung verboten. Der Botschafter machte ferner den Minister des Reichens darauf aufmerksam, daß der Sultan ihm in der letzten Audienz sein Wort versprochen habe, die Unterzeichner unbehelligt zu lassen. Trotzdem dürfte die Einmischung O'Connors zurückgewiesen werden.

**Manila, 4. Dezember.** (W. Z.) Die Uebernahme der Karolinen-, Marianen- und Palau-Inseln ist deutscherseits vollzogen. Die bisherige spanische Besatzung der Inselgruppen ist gestern hier eingetroffen.

Reichstag.

116. Sitzung vom 5. Dezember 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, v. Podbielski.

Zunächst wird in dritter Beratung der Beschluß des Bundesrats, Anlagen zur Herstellung von Zündschnüren und elektrischen Fäden genehmigungspflichtig zu machen, angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Initiativantrages der Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl.), Dr. Hise (C.) und Jacobsdötter (L.), betreffend die Ausdehnung des Krankenversicherungs-Gesetzes auf die Heimarbeiter, welcher Antrag zugleich mit der Gewerbe-Ordnungs-Novelle gesetzliche Kraft erhalten soll.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl.):

Der Herr Staatssekretär hat gestern abend einer freien Beratung von Mitgliedern des Reichstags gegenüber die Erklärung abgegeben, daß die verbündeten Regierungen mit diesem Antrag einverstanden sind, falls er die Genehmigung des Hauses erreicht.

Der Antrag wird darauf in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die

dritte Beratung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung.

Artikel 1-4 werden debattelos angenommen. Artikel 4a lautet nach dem Beschlusse zweiter Lesung: Hinter § 41a der Gewerbe-Ordnung wird eingefügt: § 41b. Auf Antrag von mindestens zwei Teilnehmern der beteiligten Geschäftsinhaber kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenliegende Gemeinden durch die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt werden, daß in Barbier- und Friseurgeschäften an Sonn- und Festtagen ein Geschäftsbetrieb nur so weit stattfinden darf, als eine Beschäftigung von Gesellen und Lehrlingen gestattet ist.

Abg. Dr. v. Frege (L.) und Genossen beantragen folgende Abänderung: „daß an Sonn- und Festtagen in bestimmten Gewerben, deren vollständige oder teilweise Ausübung zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervorretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, ein Betrieb nur insoweit stattfinden darf, als Ausnahmen von den im § 105b Abs. 1 getroffenen Bestimmungen zugelassen sind.“

Der Bundesrat ist befugt, Bestimmungen darüber zu erlassen, welche Gewerbetreibende als beteiligt anzusehen sind und in welchem Verfahren die erforderliche Zahl von Gewerbetreibenden festzustellen ist.

Abg. Albrecht (Soc.) und Genossen beantragen folgende Fassung: In Barbier- und Friseurgeschäften darf an Sonn- und Festtagen ein Geschäftsbetrieb nur insoweit stattfinden, als eine Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen gestattet ist.

Abg. Bebel (Soc.):

Wir haben unsern Antrag ja bereits bei der zweiten Lesung gestellt. Allerdings ist ja inzwischen die Situation etwas verändert durch den Antrag v. Frege, der, wie ich zugeben will, eine erhebliche Erweiterung der bisherigen Fassung bedeutet. Unser Antrag ist aber dadurch nicht überflüssig geworden. Er entspricht den Wünschen der Beteiligten selbst. Mir ist die Kammer der Verhandlung der Barbier- und Friseur Deutschlands vom 1. Dezember 1899 zugegangen. Hier werden die Verhandlungen des Reichstags in der zweiten Lesung über den vorliegenden Paragraphen besprochen und hervorgehoben, daß der Reichstag am besten gehen hätte, wenn er den von uns gestellten Antrag angenommen hätte. Ich bitte Sie also, meinen Antrag wenigstens jetzt in dritter Lesung anzunehmen, und zwar als dritten Absatz des § 41b in der Fassung des Herrn v. Frege.

Abg. Hise (C.) widerspricht diesem Antrag, da kein Bedürfnis vorliegt, für die Barbier besondere Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen.

Der Antrag Albrecht (Soc.) wird darauf abgelehnt. Dafür stimmen nur die Sozialdemokraten. Artikel 4a wird in der von dem Abg. v. Frege u. Gen. (L.) beantragten Fassung angenommen.

Artikel 5-6II werden debattelos angenommen. Artikel 6III regelt die Beschränkungen der Heimarbeit.

Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt, mit Rücksicht auf die weittragende Bedeutung dieses Artikels von einer Beratung desselben bei dem schwach besetzten Hause abzusehen und die Beratung auf später zu vertragen.

Ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag erfolgt nicht. Das Haus beschließt demgemäß.

Die Artikel 6a bis 7b werden debattelos angenommen. Artikel 8 I bestimmt in § 139c, daß Gehilfen etc. in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörenden Schreibstuben eine tägliche Ruhezeit von mindestens 10 Stunden nach Beendigung der Arbeitszeit haben sollen. In Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern, muß diese Ruhezeit in Verkaufsstellen mit 2 oder mehr Gehilfen etc. mindestens 11 Stunden betragen.

Demer wird eine Mittagspause von mindestens 1 1/2 Stunden festgesetzt. Den beschäftigten Personen ist Sitzgelegenheit zu bieten.

Abg. Dr. v. Frege, v. Loebell, Jacobsdötter (L.) beantragen Streichung des Passus über die Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohner, eventuell statt 20 000 zu setzen 100 000, ferner 1 1/2 Stunden zu ersetzen durch „1 Stunde“, event. vor „mindestens“ einzufügen „eine Stunde“, in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Abg. Dr. Hise (C.), Frhr. v. Heyl (natl.), Dr. v. Frege (L.) und Genossen beantragen Streichung der Bestimmungen über die Sitzgelegenheit.

Abg. Jacobsdötter (L.)

bittet um Annahme seines Antrages. Durch die Annahme des Reinerlöbs-Lohnzuschusses ist den berechtigten Wünschen der Handlungsgehilfen vollkommen genügt eingegangen. Besonders für kleinere Städte liegt kein Bedürfnis für eine 1 1/2stündige Ruhepause vor, die je für große Städte wie Berlin wegen der weiten Entfernungen notwendig sein mag.

Abg. Wasserbaum (natl.):

Die Forderungen der Handlungsgehilfen in den Petitionen gingen sogar zum Teil so weit, eine 12stündige Ruhezeit zu verlangen. Die Kommission hat sich dann für die 11stündige Ruhezeit entschlossen und ich bitte Sie, es bei den Beschlüssen der zweiten Lesung zu belassen.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Den verbündeten Regierungen würde eine Annahme der konservativen Anträge durchaus genehm sein, zum wenigstens so weit sie sich auf die Mittagspause beziehen. Diese soll sich doch nach dem Wege richten, den die Petitionierenden während der Mittagspause zurücklegen haben und in kleineren Städten sind diese Entfernungen nicht so groß, um eine 1 1/2stündige Pause zu rechtfertigen. Die Prinzipale könnten auch diese Bestimmung leicht umgehen, indem sie erklären, sie gäben ihren Angestellten Mittaglohn im Hause. Dann fragt es sich aber sehr, wie diese Kost bestritten sein würde. Seitens einzelner Regierungen sind gegen diese Regelung der Mittagspause schwere Bedenken geltend gemacht worden. Für Städte bis zu 50 000 Einwohnern genügt eine einstündige Ruhezeit vollkommen.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl.):

Meine politischen Freunde legen das allergrößte Gewicht darauf, daß die Mittagspause von 1 1/2 Stunden auch für kleine Städte beibehalten wird. Es handelt sich gar nicht um die Länge des Weges,

sondern darum, daß den Angestellten eine bestimmte Zeit zur Ruhe und Erholung zur Verfügung steht. Wir bitten also an dieser durchaus humanen Bestimmung nicht zu ändern.

Abg. Zinger (Soc.)

Wir sehen ebenfalls in dem Antrag Jacobsdötter eine Verschlechterung der Vorlage gegenüber den Beschlüssen zweiter Lesung. Mit den Versicherungen der Herren von der Rechten, daß ihr Interesse für die Handlungsangestellten besonders lebhaft sei, kontrastiert dieser Antrag recht auffallend. Wenn Sie die Minimalruhezeit von 11 Stunden nur für Städte mit über 100 000 Einwohnern festsetzen wollen, besetzen Sie damit die Wirkung dieser wohlthätigen Verfügung für die übergroße Mehrheit aller Angestellten. Ebenso müssen wir uns für die Mittagspausen von 1 1/2 Stunden auch für kleinere Städte aussprechen. Es handelt sich in der That nur darum, den Angestellten eine gewisse Zeit zur Erholung zu gewähren, die sie eventuell auch ihrer Familie widmen können. Ich bitte Sie, es bei den Beschlüssen zweiter Lesung zu belassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hise (C.):

Auch wir sind für Beibehaltung der 1 1/2stündigen Mittagspause und der einstündigen Ruhezeit nach den Beschlüssen der zweiten Lesung. Nur möchten wir die Bestimmung streichen, nach der Inhaber von offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben und Lagerräumen verpflichtet sind, ihren Angestellten Sitzgelegenheit zu bieten. Wir sind nicht etwa gegen den Inhalt dieser Bestimmung, aber nach einer Erklärung des Herrn Staatssekretärs v. Posadowsky beabsichtigen die verbündeten Regierungen diese Angelegenheit demnächst durch eine spezielle Verordnung zu regeln.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich kann dem hohen Hause nur bestätigen, daß der Bundesrat jedenfalls in aller nächster Zeit eine solche Verordnung erlassen wird, deren dringende Notwendigkeit im Interesse der Angestellten er durchaus anerkennt.

Abg. Jacobsdötter (L.):

betont nochmals, daß für kleine Städte weder die Notwendigkeit einer 1 1/2stündigen Mittagspause noch einer 11stündigen Ruhepause vorliegt.

Abg. v. Frege-Welligen

ändert, der Anregung des Herrn Staatssekretärs v. Posadowsky zufolge, seinen Antrag dahin, daß statt „in Städten mit 100 000 Einwohnern“ gesetzt werden soll, „Städte mit 50 000 Einwohnern“, und bittet, wenigstens diese Einschränkung der Kommissionsfassung anzunehmen.

Der Antrag v. Frege, Jacobsdötter (L.) wird darauf in dieser Fassung abgelehnt. Dafür stimmen nur die Konservativen.

Der Antrag Hise (C.) auf Streichung der Bestimmung über die Gewährung von Sitzgelegenheit wird einstimmig angenommen. § 139c wird hierauf in der so veränderten Fassung angenommen.

§ 139d setzt fest, daß die Bestimmungen des § 139c keine Anwendung finden auf Arbeiten zur Verhütung des Verderbens von Waren.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) und Gen. beantragen folgende Fassung: „auf Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens von Waren un- verzehlich vorgenommen werden müssen.“

Mit diesem Amendement wird § 139d debattelos angenommen; ebenso die folgenden Paragraphen.

Die Abstimmung über Artikel 9 Absatz III und IV (Strafbestimmungen) wird auf Antrag des Abg. Dr. Hise (C.) angezettelt. Der Rest des Gesetzes gelangt debattelos zur Annahme. Das Inkrafttreten des Gesetzes wird auf Antrag der Abg. v. Frege, Hise und Heyl auf den 1. Oktober 1900 festgesetzt.

In einer weiteren Sitzung soll die Beratung und Abstimmung über die zurückgestellten Paragraphen erfolgen. Dann erst kann die Schlussabstimmung erfolgen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Erste und eventuell zweite Beratung des Antrages Wasserbaum auf Vereinfachung des Verbindungsbahnhofs für politische Vereine. Fortsetzung der Beratung der Initiativanträge auf Erlass eines Reichs-Verfallgesetzes. Schluß 3/4 Uhr.

Kommunales.

**Zur Reform der Gemeinde-Einkommensteuer.** Die vom Magistrat beantragte Einstellung der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Steuerfuge von 4 M., die Einkommen von mehr als 600 M. bis einm. 900 M. umfassen, vom 1. April 1900 ab, unterlag heute der Prüfung des von der Stadtverordneten-Versammlung unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreters Wiedel niedergelassenen Ausschusses. Als Magistratskommissare sind Kammerer Naab und Stadtrat Tourbi anwesend. Der Ausschuss hat nach längerer Debatte beschlossen, den Antrag des Magistrats abzulehnen, dagegen der Versammlung zu empfehlen, eine Resolution an den Magistrat zu richten dahingehend: Die Vermählung erucht den Magistrat um eine Vorlage wegen Reform dieser Steuerklasse in Beziehung auf ihre Einziehung (Erlasse in geeigneten Fällen und Umlagerung in der Einziehung der Steuerbeträge). Zum Berichterstatter ist der Stadtl. Cassel gewählt worden.

Lokales.

**Bei dem Maler Wenzel** sind vor einiger Zeit bekanntlich verschiedene Skizzen gestohlen worden. Mit dem Diebstahl wurde der Name eines Kunstfreundes in Verbindung gebracht. Dem Mann ist damit jedoch Unrecht geschehen, wie sich aus der folgenden, dem „Berliner Tageblatt“ zur Verfügung gestellten Zuschrift des Künstlers ergibt:

„Es ist zu meinem schweren Leidwesen in der gegenwärtig immer noch von sich redemachenden Verleumdung von Stadtblättern meiner Hand aus der Name eines mir wohlbekannten Kunstfreundes, des Herrn Josef Goldfeder aus Lodz, in höchst unbilliger Weise genannt worden. Ich bezweifle hiermit zur Steuer der Wahrheit, daß genannter Herr zu jener leidigen Angelegenheit in keinerlei Beziehung steht und die in seinem Besitz befindlichen Skizzen direkt aus meiner Hand empfangen hat.“

Berlin, den 5. Dezember 1899. Adolph v. Wenzel.“

**Einen unliebsamen Auftritt** hat Montagabend in der Vorlesung des Prof. Dr. Baldeyer ein Anhänger der neuesten „biologischen Reform“ herbeigeführt. Die „Reform“ soll in der Entdeckung bestehen, daß es keinen Blutkreislauf gebe. Professor Baldeyer, an den die Apostel dieser neuen „Lehre“ einen langen Schreibbrief gerichtet hatten, erklärte diese Entdeckung für Unsinns. Er kam darauf zurück, weil trotz ausdrücklicher Verweigerung der Erlaubnis im Hörsaal Flugblätter verbreitet worden waren, welche die „Theorie“ unter der Überschrift verstanden, „Vollgelehrter, thue deine Pflicht!“ Es erhob sich um 9 Uhr der Jubelruf „Hoch dem Herrn Baldeyer, der die Wahrheit nicht nannte und in ungebührlicher Weise lärmte. Er kämpfte für die neue Wahrheit und starbe für sie, ichre er, weshalb sich allgemeine Unruhe gegen ihn erhob. Als er aber nicht schwie, schallte ihm ein donnerndes Murr entgegen. Prof. Baldeyer bedauerte und erklärte sich vergeblich bereit, mit dem Herrn persönlich zu unterhandeln, der sich erst zum Verlassen des Hörsaals bequeme, als man ihm drohte, ihn durch einen Schuttmann hinauszuweisen zu lassen. Draußen aber lärmte er noch weiter. Das Publikum war über diesen Auftritt aufs höchste empört und ein Herr richtete im Namen aller Anwesenden an Herrn Baldeyer die Bitte, diese Ausschreitung ihnen nicht anzurechnen.

**Die erste Holzauktion im Tiergarten** hatte gestern weit über 50 Kauflustige nach dem Tiergartenhof geführt. Das Geschäft ging flott, so daß alles glatt verkauft wurde, sehr im Gegensatz zu der vorjährigen ersten Versteigerung, bei der große Mühsal verblieben waren. Gestern kam ausschließlich Trocken-Holzschlag unter den Hammer, und zwar: Eichen, Buchen, Tinden, Kastanen, Weiden, Niesern und Eichen. Riesenlöben brachten 8-9 M., Eichenlöben etwa 6 M., Eichenlöben 9-10 M., eichene Knüppel 7-7,50 M., Buchenlöben über 12 M. pro Raummeter. Die Auktion wurde vom Tiergartendirektor Geitner und vom Tiergartenförster Bänger geleitet.

**Der erste Schnee** dieses Winters fiel in Berlin nicht am Montagabend, sondern bereits 14 Tage früher, am 21. November. Die meisten Berliner werden zwar nichts davon bemerkt haben, aber es verhält sich trotzdem so. Wie das städtische Statistische Amt in seinem letzter erschienenen Wochenberichte mitteilt, hat Prof. Dr. Bornstein auf der Beobachtungsstation der Landwirtschaftlichen Hochschule in der Invalidenstr. am 21. November abends von 12-12 Uhr „etwas Schnee und Graupeln“ festgesetzt. Start kann dieser „Schneefall“ allerdings kaum gewesen sein, und er scheint sich auch nur auf ein engeres Gebiet beschränkt zu haben; denn auf der Station in der Friedenstr., welcher Prof. Dr. Bodewig vorsteht, ist nichts davon bemerkt worden, und auch die Station in der Zeltowstr. hatte keinen Schnee zu melden. Ein Schneefall am 21. November ist übrigens für Berlin durchaus nichts Ungewöhnliches. Die seit 1848 angeführten Witterungsbeobachtungen haben ergeben, daß hier der erste Schnee durchschnittlich sogar schon am 18. November zu erwarten ist. Der überhaupt früheste Schneefall trat in Berlin, soweit Beobachtungen vorliegen, am 8. Oktober ein; es war das im Jahre 1881.

**Verlängert** wird die Eisenbahnstraße, die jetzt vom Lanfener Platz bis zur Köpenickerstraße geht. Dabei soll auch die alte Drehbrücke, über die jetzt des Nachts die Kohlenzüge von der Güterbahnhöfen der Ost- und der Schlesischen Bahn nach der Gasanstalt an der Gieschenerstraße geleitet werden, durch eine neue feste Brücke ersetzt werden. Diese wird dann vom Publikum auch des Nachts benutzt werden können, während die alte Brücke von 12 1/2 bis 6 Uhr morgens gesperrt ist. Die Pläne liegen vom 15. d. Mis. bis zum 2. Januar zur Einsicht aus.

**Für den Hochbahnhof am Schlesischen Thor**, der auf dem Gelände zwischen der Stalitzer- und der Oppelnerstraße gebaut wird, hat man mit den Ausschachtungen begonnen.

**Mit dem Bau des Postkuppens**, der zur Bewältigung des Weihnachtsverkehrs auch in diesem Jahre wieder auf dem Schlesischen Bahnhofe errichtet wird, ist gestern, Dienstag, begonnen worden. Der Schuppen wird 16 Meter lang, 5 Meter breit und 6 Meter hoch. Er erhält wieder Acetylen-Beleuchtung, die sich im vorigen Jahre gut bewährt hat.

**Wegen Brandstiftung** wurde gestern die 25jährige Milchhändlerin Emilie Jentsch verhaftet, die seit mehreren Monaten im Keller des Hauses Nr. 66a in der Bergstraße ein Milchgeschäft betrieb. Am vorhergehenden Abend, kurz vor Witternacht, kam in dem Milchbottel ein Brand aus, der von der Feuerwehr auf bösartige Brandstiftung zurückgeführt werden konnte, da sich 5 Brandherde feststellen ließen. Das Feuer selbst konnte, weil es frühzeitig bemerkt war, mit Leichtgas abgelöscht werden. Die Geschäftsinhaberin war während des Brandes nicht zu sehen, doch konnte festgestellt werden, daß sie vor vier Wochen ihre Wohnung bezogen. Geschäftseinrichtung hoch verpackt, in den letzten Tagen aber gar keine Milch eingekauft und sich während dieser Zeit außerhalb des Hauses aufgehalten hatte. Niemand wußte, wo sie zu suchen sei, bis gestern früh der Zufall der Polizei zu Hilfe kam. In demselben Hause hatte nämlich kurze Zeit eine Frau gewohnt, die am 1. Dezember nach der Reichstraße verzogen, aber polizeilich noch nicht gemeldet war. Diese Frau war nun Montag gegen Abend nachmals in der Bergstraße erschienen und hatte den Milchbottel betreten, um angeblich im Auftrag der Jentsch, die bei ihr krank darniederliegende, nach dem Kellern zu sehen. Diese Frau stellte sich gestern früh 9 Uhr abermals beim Milchbottel ein und that sehr verwundert, als sie von dem Brande erfuhr. Die in demselben Hause wohnende Frau Weber sah sie zufällig auf der Straße, holte einen Schuttmann und ließ sie festnehmen. Nun erfuhr man auch den Aufenthalt der Jentsch, die ebenfalls sofort verhaftet wurde.

**Das Opfer einer Mißhandlung** ist der achtjährige Sohn Franz des Grünframbändlers Wenzel aus der Oppelnerstr. 28 geworden. Am 15. v. M. kam der Knabe mit zwei anderen nachmittags aus der Schule. Vor dem Hause Oppelnerstr. 20 blieben alle drei stehen und neckten die Grünframbäckerin Frau Jakob, die dort im Keller ein Geschäft betreibt. Frau Wenzel, was kosten denn Ihre Eier? und andere Redensarten riefen sie nach Kinderart in den Keller hinein. Darüber ärgerte sich eine Frau Jieran, die gerade bei Frau Jakob im Keller war, so daß sie einen Stod ergriff, um die Jungen durchzuprügeln. Der kleine Wenzel, der die Drohungen der Frau nicht ernst nahm, blieb ruhig stehen. Er erhielt fünf wichtige Stöße über den Kopf. Dann packte ihn Frau Jieran und warf ihn zu Boden, so daß er aus Mund und Nase blutete. Der Schwerverletzte erhielt auf der Sanitätswache die erste Hilfe und wurde dann in der elterlichen Wohnung von zwei Ärzten behandelt. Gestern nachmittag starb er. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Frau Jieran ein Strafverfahren eingeleitet.

**Unfallfälle im Straßenverkehr.** Gestern Nachmittag wollte der 37 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Lichtenberg aus der Reichenwalderstr. 41 auf der Zehnbrücke während der Fahrt auf einen Rollwagen steigen, fiel vom Orsdieit herunter und geriet unter ein Rad des mit 100 Centnern Kartoffeln beladenen Wagens. Dem Verunglückten wurde der linke Fuß gequetscht, und er mußte von der Unfallstation in der Lindowstraße nach der Charité gebracht werden. - In der Ecke der Post- und Rathbafstraße geriet vorgestern abend um 7 Uhr ein junger Mann unter den ersten von drei Wörtelwagen, die hintereinander gefahren kamen. Die beiden nachfolgenden Wagen konnten zum Glück noch ausweichen. Der schuldige Autofahrer jagte davon, ohne sich um den Unglücklichen zu kümmern. Dieser wurde von Jreugen des Unfalls mit einer Droschke nach der Unfallstation gebracht und mußte von dort, da ihm der rechte Arm zerstampert war, nach der Kömgl. Klinik überführt werden.

**In den Vorgängen in der Viehmannstraße**, über die wir gestern berichteten, meldet uns einer der Beteiligten, daß er von seinem Revolver, den er ständig bei sich trage, deshalb habe Gebrauch machen müssen, weil er von zehn Judältern angefallen worden sei. Auf der Polizeiwache sei er über diese Eigenschaft seiner Revolver aufgeklärt und nach Feststellung seiner Personalien ohne weiteres entlassen worden.

**Von einem Omnibus überfahren** wurde gestern nachmittag 1/2 8 Uhr am Gendarmenmarkt der Postler Wilhelm Wegener, Landbergerstraße 2 wohnhaft. Er erlitt schwere Quetschungen der Rippen und des Brustkorbes. Ein rasch herbeigerufener Arzt leistete ihm erste Hilfe und veranlaßte den Transport in das städtische Krankenhaus.

**Bevorzugte Schulente.** Die Nachricht von einem bevorstehenden Baderprozeß gegen den Geldverleihsgesagten Blumberg mit der Angabe, daß dieser Ehrenmann seine Opfer vorzugsweise aus den Kreisen der Schulente erhalten haben soll, hat dazu geführt, daß unter der Polizeiwachschafft Nachfrage gehalten wurde, inwieweit das Gerücht auf Wahrheit beruhe. Nicht nur Blumberg, sondern auch andere „Geldguten“ sollen gerade mit der Schulmannschaft in regem Geldverlehe stehen. So wird bekannt, daß ein Geldmann Dreimonatswechsel über 60 M. nimmt, aber nur 50 M. in bar zahlt, sich also schon vorher 20 Proz. abzieht. Der Prozeß dürfte eine scharfe Kontrolle der Geldverleher im Gefolge haben.

**Für das Handwerker-Krumpelhaus**, das der Oberlin-Centralverein in Berlin errichten will, hat die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten Sitzung eine Beschlusse von 5000 M. bewilligt. Das Haus soll verfallenen Handwerker, die noch leichte Arbeiten verrichten können und keine Familie haben, Wohnungen und Werkstätten bieten.

**Metropol-Theater.** So einfach ist es doch nicht, die Bretter, die die Operettenwelt bedecken, zum modernen Brett umzuwandeln. Geübt sind die Spezialitätentheater in Flor, aber eine gewisse Vorliebe hat doch zwei der hervorragendsten Bühnen dieser Art veranlaßt, sich auf die ständige Vergabe einer Ausstattungsoyette einzulassen. Die mit der ersten Revue, so hat das Metropol-Theater auch mit dem zweiten Werk „Rund um Berlin“ Glück gehabt; die drohenden Pointen werden noch Verdienst belacht, und das Stück kann um so sicherer auf bleibenden Erfolg rechnen, als die Bühne in der Hauptdarstellerin Frid-Frid eine Kraft von ganz hervorragendem Talent besitzt.

Aus dem bunten Variétés-Programm sei die musikalische Schmelze Greenwood erwähnt. Die fünf Darsteller dieser Scene sind in musikalischen Excentricitäten wie in körperlichen Leistungen gleich gewandt. Minder derbe sind die musikalischen Phantasien Müller, während der aus dem verfallenen Olympia-Theater bekannte Herr Signum durch zartfühlende Wieder alles erfreut, was noch auf Gemüt und Empfindlichkeit Anspruch macht. In flüchtigen Szenen wendet sich der „Gladiator“ Mirano, wegen der Akrobaten Leads mit eleganter Leichtigkeit schwierige Trapezkunststücke vollbringend. Auch zwei Chansonetten nennt das Metropol-Theater sein eigen. Au Mary Wolf ist der deutsche Name das ansprechendste, während die Französin Diane de Brins mehr noch durch den Juxterladen, den sie mit sich herantreibt, als durch den Reiz ihrerlieder blendet.

Die Vereine „Canaria“ und „Nymphae alba“ werden ihre gemeinschaftliche Ausstellung am Freitag, den 8. Dezember er., Konstantinplatz 62, eröffnen. Der Ausstellungskatalog umfaßt 1743 Nummern, unter welchen 174 Konstruktions-Konstruktionen, circa 500 sonstige Kanorien, circa 600 Papagen und Exoten, eine große Anzahl kleinerer Waldvögel, sowie 27 Aquarien und Terrarien mit reichem Pflanzen- und Tierreich aufgeführt sind.

### Aus den Nachbarorten.

**Schöneberg.** Der Stadtverordneten-Versammlung waren am Montag zwei Magistratsvorlagen unterbreitet worden, die in recht drastischer Weise erkennen ließen, wie verächtlich man die Bildung des Proletariats und die der herrschenden Klassen behandelt. Die erste Vorlage betraf die „Errichtung einer höheren Töchterschule“. Am 6. November d. J. wurde von einigen Stadtverordneten der Antrag zur Errichtung einer solchen Anstalt eingebracht und von der großen Mehrheit angenommen. Bereits am 29. November macht der Magistrat es möglich, daß den Stadtverordneten eine Vorlage zugeht. Charakteristisch wirkt auch die Motivierung: „Die Schulpflichtung erkennt das Bedürfnis an und hält deren Errichtung bei möglichstester Beschleunigung zum 1. April l. J. für durchführbar. Sie empfiehlt, mit den vier untersten Klassen und vier Lehrkräften, nämlich einem alabemisch gebildeten Lehrer als Leiter, einem Mittelschullehrer und 2 Lehrerinnen anzufangen und dafür 4 Klassen und 8 Nebenräume in einem guten Miethause, in dem die Möglichkeit der allmählichen Zunahme weiterer Mithausstellen gegeben ist, zu mieten.“ Hier also, wo noch nicht einmal als feststehend gilt, ob wirklich eine solche Anzahl „höherer Töchter“ vorhanden ist, und wenn dies der Fall, doch von einem Notstand keineswegs die Rede sein kann, genügt der Wunsch einiger Herren für den Magistrat, mit wie gealterter Freigebigkeit eine entsprechende Vorlage einzubringen. Aus diesem Grunde waren auch die berechtigten Ausführungen des Genossen Rauch vergebend, der sich als Gegner dieser Schule bezeugte, so lange man die heutigen Volksschulen in bekannter nachlässiger Weise behandle. Verwunderung habe es in den Kreisen der Arbeiterschaft erregt, daß die viel wichtigeren Fragen des Krankenhauses und der Bade-Anstalt noch der Entscheidung harren, während man diese Sache sofort zum Abschluß bringe.

In großer Siegeszuversicht machte der Vorsteher dem Genossen Rauch die Kunde, daß die Deputation für die Errichtung des Krankenhauses schon zu einem Teil getagt habe und nächstens wieder tagen dürfte. Die Vorlage wurde selbstverständlich mit großer Mehrheit angenommen. Und nun zum zweiten Teil der Komödie: „Umwandlung einer Reitorwohnung in Klassenräume“. Zur Begründung führte der Magistrat an: „Die Vorbereitungen für die Errichtung neuer Gemeindefunktionen haben sich dadurch in unliebsamer Weise verzögert, daß lange Zeit Verhandlungen über den Umtausch der beiden zu Schulbauten bestimmten städtischen Grundstücke schwebten. Bevor es möglich ist, die neuen Schulhäuser gebrauchsfertig hinzustellen, werden unsere Schulen wieder erzwungen sein, mit einer großen Anzahl fliegender Klassen zu arbeiten und die damit untrennbar verbundenen Mißstände für längere Zeit auf sich zu nehmen. Um dem zum Teil zu entgegen, wird vorgeschlagen, zunächst durch Umwandlung der Reitorwohnung in der 3. Gemeindefunktion drei Klassenräume zu gewinnen.“ — Seit Jahren schon bestehen in Schöneberg die fliegenden Klassen. Die Gemeindefunktion sind überfüllt. Bei gutem Willen hielte es wahrlich nicht schwer, die Ueberfüllung der Schulen und die fliegenden Klassen zu beseitigen. — Die Vorlage: „Bildung einer gemischten Deputation für das höhere Schulwesen“, wurde einem neungliedrigen Ausschuss zur Prüfung überwiesen.

**Nixdorf.** Der Bürgermeister Boddin hat sein Amt als Mitglied des Kreisamtsgerichts für den Kreis Teltow niedergelegt. Der nächste Kreisrat hat drei Reuentschaften für den Kreisamtsschuss vorzunehmen, da die Wahlzeit des Amtsvorstehers Schmo in Treprow und des Gemeindevorstehers Ruffente in Nixdorf am 31. Dezember dieses Jahres abläuft.

Am Donnerstag findet eine außerordentliche Sitzung der Nixdorfer Stadtverordneten-Versammlung statt, in der unter anderem auch über einen Rathausanbau und über die Verpachtung des Stadtkellers entschieden werden soll.

Die bei den königlichen Polizeidirektionen in Nixdorf und Schöneberg angestellten Kriminalkommissare sowie die dort mit der Polizeirevier-Verwaltung beauftragten Polizeilientenants und deren Stellvertreter sind von den zuständigen Ministern zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ernannt worden.

Ein **Antiquitäten-Diebstahl** wurde im Sommer dieses Jahres bei der Witwe des Generals v. Radewitz in deren Villa, Nieslangerstraße 3 in Charlottenburg, verübt. Bei dieser haben sich wiederholt Diebe in die Wohnräume eingeschlichen und wertvolle Kunstgegenstände, wie Stuhnhüllen, Freskobilder, Photographien etc. gestohlen. Den Bemühungen des Kriminalinspektors Krause in Charlottenburg ist es gelungen, den größten Teil der gestohlenen Objekte wieder herbeizuführen und die Diebe in Frankfurt a. M. dingfest zu machen. Sie sind bereits in das Moabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden, fast gleichzeitig mit ihnen zwei Diebe, welche aus dem Diebstahl herantretende Kunstgegenstände bei Berliner Antiquitäten-, Kunst- und anderen Händlern an den Mann bringen wollten.

Der **Charlottenburger Stadtverordneten-Ausschuss** zur Vorbereitung des Antrags auf Verbesserung der Feuerlösch-Einrichtungen Charlottenburgs hat folgende Beschlüsse gefaßt, die nach seinem Vortrag dem Magistrat zur Genehmigung empfohlen werden sollen: Sämtliche Hydranten der Stadt, die jetzt 85 Millimeter Weite haben, sollen auf 100 Millimeter gebracht werden. Es soll so eine vermehrte Wasserlieferung erzielt werden. Ferner soll die Feuerlöschapparate völlig umgestaltet werden. Bei dem letzten großen Brande versagte bekanntlich der Feuerwehler, der am Tage vorher noch erprobt worden war. Die unsichere Oberleitung soll deshalb durch die weit sicherere unterirdische Ableitung ersetzt werden. Die Kosten sind auf 300 000 M. veranschlagt. Da die Anträge über die Rauchbarkeit der Dampfsprayer in Charlottenburg weit auseinander gehen, so hat der Ausschuss beschlossen, das Gutachten von Sachverständigen

über diese Frage einzuholen. Drei Leiter von großstädtischen Feuerwehren sollen von ihrer Ansicht getraut werden. Zur Sicherung der Speisung der Dampfsprayer sollen, falls solche Sprayer angeschafft werden, Ziefbrunnen angelegt werden, da die Wasserleitung unter Umständen versagen kann. Die Kosten für die Beschaffung der Dampfsprayer nebst Zubehör und den erforderlichen Gebäuden zu ihrer Unterbringung, sowie die Herstellung von Ziefbrunnen sind auf 400 000 M. veranschlagt.

**Spandau.** Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wehe, Wilsdorferstraße 30, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Eines guten Besuchs darf der Einberufer mit Rücksicht auf die morgen beginnenden Stichwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung wohl sicher sein.

Aus **Spandau** wird berichtet: Ein erschütternder Vorgang hat sich hier abgespielt. Der dem Trank ergebenen Arbeiter August Krause, ein Mann Mitte der 40er Jahre, kürzte sich angefaßt seiner Familie, die sein Vorhaben vergeblich zu verhindern suchte, auf seiner vier Treppen hoch gelegenen Wohnung, Lynowstr. 15, auf die Straße hinab, wo er mit zerquetschtem Gliedmaßen und völlig zertrümmertem Schädel liegen blieb. Die Leiche des Unglücklichen, dessen Tod auf der Stelle eingetreten war, wurde nach der Obduktionshalle geschafft. Der Verstorbene hinterläßt die Witwe mit sieben Kindern. — Auf der Habel ist ein mit Braunkohlen beladenes Fahrzeug untergegangen. Das Schiff wurde von dem Schleppdampfer „Antonio“, dem Kapitän Schulz hierorts gehörig, angerannt und erhielt ein großes Loch, so daß es sich schnell mit Wasser füllte. Die Mannschaft und die an Bord befindliche Familie retteten mit Hilfe anderer Schiffer nur das nackte Leben. Auf dem untergegangenen Kasten betrieb dessen Eigentümer, Wahn, einen Handel mit Kohlen.

### Gerichts-Beilage.

In dem **Kampfe der Sargträger** gegen den Küster Wohlfeil von St. Veröhnungskirche stand gestern wieder ein Termin vor dem Schöffengericht, Abt. 138, an. Die Sache hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Verhandlung im großen Schöffengerichtssaal stattfinden mußte, da etwa 40 Zeugen vorgeladen waren. Wegen Verleumdung des Küsters Wohlfeil hatten sich die Sargträger Petermeyer, Fredow und des Ehepaar Franz zu verantworten. Der als Nebenkläger zugelassene Küster Wohlfeil wurde durch Rechtsanwalt Höld, die Angeklagten durch Rechtsanwalt Morris vertreten. Die Angeklagten hatten eines Tages in ihren Geschäftsräumen Plakate anbringen lassen, durch welche sich Küster Wohlfeil beleidigt sah. In den Plakaten wurde dem Publikum bekannt gegeben, daß über die Konkrete, die der Küster den Geschäftskunden mache, viele Klagen laut geworden seien. Er suchte die Leidtragenden, die die nötigen Anmeldungen in seinem Küsterbüro machen, zu überreden, die Särge aus einem bestimmten Sargmagazin zu entnehmen; habe aber das Publikum schon einen Sarg gekauft oder einen Wagen schon bestellt, so erlaube er den Leidtragenden, daß sie Sarg und Wagen bei ihm besser und billiger bekommen hätten. Das Publikum wurde des weiteren vor diesen „Maginationen“ des Herrn Wohlfeil gewarnt und aufgefordert, seinen Bedarf direkt bei den Tischlermeistern zu decken und diesem „Zwischenhandel“ nicht Vorhand zu leisten. Die Angeklagten haben dies Plakat erst angebracht, als ihre gegen den Küster Wohlfeil bei dem Gemeindefunktionäre erhobene Beschwerde erfolglos geblieben war. Herr Wohlfeil hat dann vermindert, im Wege einer einseitigen Verfügung die Verleumdung der Plakate durchzuführen und als dieses Vermissen erfolglos war, den Strafantrag gestellt. Rechtsanwalt Morris hatte einen umfangreichen Wahrheitsbeweis zusammengestellt, um die Behauptung der Angeklagten zu stützen, daß der Küster Wohlfeil und seine Frau tatsächlich die bei ihnen erwerbenden Leute zu bewegen versucht hat, ihre Särge nicht bei den Angeklagten, sondern bei einem bestimmten Sargträger zu bestellen. Es wurde ferner von den Angeklagten behauptet, daß das Ehepaar Wohlfeil in den Fällen, wo es den betr. Fuhrherrn Kunden zuweilen, von den Fuhrherrn auch Geld-Belohnungen erhalten habe. — Der als Zeuge vernommene Fuhrer Burkhardt gab dem Küster Wohlfeil das Zeugnis eines treuen und gewissenhaften Mannes, dem er nicht zu trauen, einen solchen Zwischenhandel betrieben zu haben. Ein Küster habe nicht das Recht, Leute anzufordern, sich von ihm bedienen zu lassen, wohl aber dürfe er den Leidtragenden auf deren Wunsch mit Rat und That zur Seite stehen. Küster Wohlfeil behauptete auch, daß nur das letztere der Fall gewesen sei und er lediglich das Interesse der Leidtragenden selbst wahrgenommen habe. Er habe von keinem Sarg-Tischler je einen Pfennig erhalten, habe früher auch die beiden ersteren Angeklagten den Sargträger empfohlen; da aber Beschwerden über diese aus dem Publikum eingegangen waren, habe er vorkommendenfalls den Sargträger Franz empfohlen, bei dem das Publikum gut bedient würde. Bei der Vernehmung von Burkhardt sei es vorgekommen, daß der betreffende Fuhrer in einzelnen wenigen Fällen kleine Geldbeträge bei seiner Frau hinterlassen habe. Er habe diese kleinen Beträge zu wohltätigen Zwecken verwendet, dann aber solche entziehen zurückgewiesen und seiner Frau unterlagt, irgend welches Geld anzunehmen. Frau Wohlfeil bestätigte die Aussagen ihres Ehemannes in jeder Beziehung. Der Junge, Sargträger Franz, gab an, daß er dem Küster Wohlfeil für die Anweisung von Personen nie einen Pfennig gegeben habe. Wohlfeil habe ihn aufgefordert, daß er, wenn er arme Leute aus der Gemeinde zu ihm schicke, er diese billig bedienen solle. — Fuhrer Krause betonte, daß er wiederholt durch Vermittlung Wohlfeils Fuhrwerk gestellt habe. Er habe der Frau Wohlfeil etwa dreimal je 3 Mark für ihre Vermittlungen bei der Monatsabrechnung gegeben. Sie habe aber nachher erklärt, ihr Mann wolle das nicht haben und habe dann auch den Gesamtbetrag zurückgebracht. — Der inzwischen mit Wohlfeil verheiratete Fuhrer Werner sagte aus, daß er der Frau Wohlfeil von den Erträgen der Aufträge, die ihm zuzufallen, 10 Proz. abgegeben habe. Frau W. habe gesagt, daß sie bei Kranke mehr erhalten habe und da habe er ihr dann 20 Proz. gegeben. Er bestritt auch, daß dabei gesagt worden sei, daß die Beträge zu wohltätigen Zwecken verwendet werden sollten. — Die Angeklagten behaupteten, daß sie die Plakate sofort abgenommen hätten, als Herr Wohlfeil zu ihnen gekommen sei und sie „weinend“ beantwortet habe, ihm doch keine Unannehmlichkeiten zu machen. Die Plakate seien aber wieder angebracht worden, als Wohlfeil trotz alledem mit seiner alten Methode fortfuhr. Herr Wohlfeil bestritt, daß er „gewinnt“ habe; der diesen Punkt betreffende Wahrheitsbeweis hatte auch kein Ergebnis. Ebenso blieb dieser Wahrheitsbeweis erfolglos bezüglich der den Angeklagten Petermeyer und Franz zur Last fallenden Behauptung, daß Küster Wohlfeil in einem Falle für Quartiergehalt bei einer Verdringung 20 M. erhalten, den Sängern aber nur 12 M. gegeben, also 8 M. unterschlagen habe. Der betreffende leitende Sänger behauptete entschieden, nur 12 M. bekommen, Wohlfeil behauptete mit derselben Entschiedenheit, das ganze Geld in Höhe von 14 M. dem Sänger gegeben zu haben, und die Frau, die seiner Zeit das Quartier bestellt hatte, konnte nur sagen, daß sie „12 bis 16 M.“ gezahlt zu haben glaube. Im übrigen traten etwa 25 Zeugen auf, nach deren Bestimmungen tatsächlich Wohlfeil selbst in zwei Fällen, Frau Wohlfeil aber in vielen Fällen Empfehlungen für Särge und Wagen ohne Wunsch der betreffenden Leidtragenden diesen gegeben haben soll. Frau W. hat sogar in mehreren Fällen, wo die Leidtragenden sich schon versorgt hatten, sich nach dem für Sarg und Wagen gezahlten Preis erkundigt, diesen für viel zu hoch erklärt und gesagt, daß sie es billiger geliefert hätte. Ferner ergab sich aus den Behauptungen der Zeugen, daß Frau W. auch von den Fuhrherrn Entgelt angenommen hat, bezüglich des Ehemannes W. konnte ein solcher Fall nicht erwiesen werden. Das Wohlfeilsche Ehepaar trat mit allen diesen Zeugen in einem entschiedenen Gegensatz, so daß ihm entschieden geraten wurde, recht

sehr zu überlegen, ob es seine Aussagen auch mit gutem Gewissen beschwören könne. Beide leisteten jedoch dem Eid und erklärten, von ihrer Aussage nichts abzuändern. Küster Wohlfeil führte noch eine Reihe von Zeugen vor, die bekundeten, daß sie bei Einfargungen etc. von den Angeklagten schlecht bedient worden seien. — Pastor Burkhardt erklärte zum Schluß, daß der Gemeindefunktionär gar nicht in der Lage gewesen sei, die Sache zu belegen, nachdem die Angeklagten die Entschädigung des Gemeindefunktionärs nicht abgemindert hätten, sondern sofort weitergegangen seien. — Der Staatsanwalt billigte nach dem Ergebnisse der Vernehmung den Angeklagten bezüglich des Inhalts des Plakats den Satz des § 193 zu, hielt jedoch Petermeyer und Franz der Verleumdung schuldig, weil sie behauptet hatten, Wohlfeil habe 8 M. unterschlagen, und beantragte gegen beide je 100 M. Geldstrafe, außerdem gegen alle 4 Angeklagte je 10 M. Geldstrafe wegen unbefugten Ansehens von Plakaten (§ 10 des alten preussischen Preßgesetzes). — Rechtsanwält Höld hat um eine empfindliche Strafe und wies darauf hin, daß diese Verhandlung nur ein Vorposten-gescheh sei für einen zu infamierenden allgemeinen Kampf der Sargträger gegen die Küster. — Rechtsanwält Morris meinte dagegen, daß in Billigkeit hier in ihrer gewerblichen Tätigkeit arg bedrohte Bürger gegen die ihnen durch einen Kirchenbeamten zugefügten Schädigungen anlämpften. Die Angeklagten hätten den vollen Wahrheitsbeweis geführt und müßten freigesprochen werden, da eine Verleumdung des Küsters nicht vorliege. — Der Gerichtshof erklärte sämtliche Angeklagte nur der Ueberretung des § 9 des alten preussischen Gesetzes für schuldig und verurteilte jeden zu 3 Mark Geldstrafe. Der öffentlichen Verleumdung durch das Plakat wurden die Angeklagten nicht für schuldig erachtet, da der Gerichtshof für erwiesen hielt, daß die Wohlfeilschen Eheleute sowohl bestimmte Sargfabrikanten und Fuhrherren empfahlen, als auch Provisionen erhielten, die sie keineswegs zu wohltätigen Zwecken, sondern für sich selbst verwandten, daß sie Zwischenhandel trieben und daß Wohlfeil in dem Falle betr. das Sängerkvartier 14 M. empfangen und 2 M. als Provision erhalten hat. In Bezug auf diesen Fall habe sich aber Franz der üblen Nachrede schuldig gemacht, wofür ihn der Gerichtshof zu 20 M. Geldstrafe verurteilte, während Petermeyer, dem § 193 zur Seite stand, in diesem Falle freigesprochen wurde.

**Fensterbühnen Berlins und Umgegend.** Mittwoch, den 6. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Sieppert, Wollstr. 32/33.

**Charlottenburg.** Erster Verein für Naturschutz und Gesundheitspflege. Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Edmanns Salon, Schaarstr. 34: Vortrag für Damen des Naturtages Herrn G. Köpfer: „Frauenleben und Frauenleben.“ Jede Dame ist eingeladen.

### Vermischtes.

Ein **schweres Grubenunglück**, dem drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich in der bei Schönow (Reumark) gelegenen Grube „Emilienglück“ ereignet. Man hatte früh gemerkt, daß in einem Felde ein Stempel angebrochen sei. Mit der Erneuerung wurden vier Bergleute beauftragt. Bereits hatte man den angebrochenen Stempel herabgenommen, und war im Begriff, den neuen festzustellen, als unter großem Getöse der ganze Abbau zusammenbrach, unter sich drei der dabei beschäftigten Arbeiter begrubend. Der vierte Arbeiter wurde durch ungeheure Erdmassen und den Aufbruch einige Meter in der Strecke entlanggeschleudert und kam außer mit einigen Hautabschürfungen mit dem bloßen Schreden davon. Man ist jetzt mit dem Bergen der Leichen beschäftigt, glaubt aber kaum, sie noch in dieser Woche ans Tageslicht fördern zu können, da immer noch ungeheure Erdmassen nachrutschen.

Ein **Unfall auf dem Rhein.** Bei Rondorf (Siegtal) ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Vier Fischer gerieten in Ansbahn ihres Gewerbes mit ihrem leichten Fischerboot in einen Strudel des Rheines. Einer konnte sich retten, während die anderen drei ihren Tod in den Wellen fanden.

Am **häuslich Pöcung.** Drei Arbeiter spielten am Sonntag in einem Gasthause in Zingarten und dabei soll einer von ihnen den beiden anderen häuslich Pöcung im Spiel abgenommen haben. Als die Leute das Gasthaus verließen, überfielen die zwei Verlierer den Gewinner, zerbrachen ihm ein Bein und einen Arm, zerstückelten ihm die Nase, schlugen ihm ein Auge aus und ließen ihn in diesem bejammernswerten Zustande liegen. Der so schrecklich Jüngerliche starb nach einigen Stunden; er konnte aber, als er aufgefunden wurde, noch die Namen seiner Mörder angeben. Diese sind nunmehr dingfest gemacht und nach Trier transportiert worden.

Aus **Rothenhagen** wird berichtet: Infolge eines Brandes im Hauptleitungsbüro trat Dienstagabend eine Störung in der Hauptstation des elektrischen Lichtbetriebes ein. In ganz Rothenhagen erlosch die elektrische Beleuchtung; am meisten wurden die Zeitungsbüros von der Störung betroffen. Der Brand wurde bald gelöscht, die Betriebsunterbrechung dürfte aber mehrere Tage dauern.

In **Wien** wütete gestern Nacht ein heftiger Sturm, der bis in die Vormittagsstunden andauerte und an Gebäuden und Parkanlagen Verwüstungen anrichtete. So weit bis jetzt gemeldet wurde, sind vier Personen durch den Sturm niedergeworfen und mehr oder weniger schwer verletzt worden.

**Grubenunglück.** Infolge Aufstoßens eines niedergehenden Förderkorbes auf ein nicht zurückgezogenes Kapf kamen auf Rebe „Ludwig“ 15 Bergarbeiter zu Schaden. Bei vier der Verletzten war die Kopfverletzung von solcher Wirkung, daß ihr Zustand zum Teil als lebensgefährlich gilt. Der Kopf sollte bis zur dritten Sohle niedergehen, ließ aber auf der zweiten Sohle auf das Kapf. Wie der betr. Wärter behauptet, soll die Einrichtung nicht funktioniert haben.

### Marktpreise von Berlin am 4. Dezember 1899

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Ware	D. Gr.	14.70	13.90	Schweinefleisch 1 kg	1.60	1.10
Weggen		14.00	13.00	Kalbfleisch	1.80	1.10
Butter-Gerste		14.00	12.00	Hammerfleisch	1.60	1.10
Hafer gut		15.00	14.30	Butter	2.80	2.00
mittel		14.20	13.50	Butter 60 Stk	6.00	3.00
gering		13.40	12.50	Karpen 1 kg	2.20	1.00
Küchfleisch		4.00	3.60	Kale	2.80	1.40
den		6.80	4.20	Hammer	2.50	1.00
Größen		40.00	35.00	Verste	1.80	1.00
Speckföckchen		50.00	35.00	Verste	1.60	0.80
Speckföckchen		70.00	30.00	Schleie	2.80	1.40
Kartoffeln, neue		7.00	5.00	Stiele	1.20	0.80
Kartoffeln, alte 1 kg		1.60	1.20	Stiele per Schock	12.00	3.00
do. Bamd		1.20	1.00			

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner. †) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt** vom 5. Dezember. Am Getreidemarkt haben die letzten Tendenzberichte aus New York und Chicago, wo eine leichte Abnahme der schätzbaren Weizenreserven konstatierte, der Spekulation einige Anregung. Ausenlich für höhere Weizenpreise machte sich Kaufkraft geltend. Da überdies das aufstrebende Wetter die Ernte zur Zurückhaltung mahnte, so trat eine Aufwärtsbewegung der Preisgebote ein. Im Weizenmarkt wurde regeres Interesse am Roggen, der bis 1 M. besser bezahlt wurde, während Weizen nur 0.50 M. anwies. Hafer fand wenig Beachtung, ebenso Rübsen. — Am Spiritusmarkt wurde ein kleiner Boden oder loco verloschen und mit 67.30 bezahlt. Hier stellte sich 47.80 (+ 0.20). Der Termin waren die minimalen Handel nominal gut behauptet. — Kartoffelmarkt. Feinste Kartoffelstärke 10.30 M. Ia reine Kartoffelstärke bisponibel und Januar-Februar 19.25—19.50 M. Ia Stärke und Wehl, Mittelqualität 18.50 M. per 100 Kilogramm.

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 6. Dezember 1899.**

Ein wenig kälter, teils heiter, teils wolfig mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden. Berlin: Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, 6. Dezember.  
Opernhaus. Die Weiserfänger von Nürnberg. Anfang 7 Uhr.  
Schauspielhaus. Schwarzenkopf. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Gushav Adoff - Festspiel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Der Probekandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reisinger. Die Ehre. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Verlauer. Die Herren Söhne. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Die Richterin. Anfang 8 Uhr.  
Neues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Welfen. Madine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Der Plagymajor. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reisinger. Busch und Reisinger. Vorher: Die Richtige. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Kurzb Centrum. Anfang 8 Uhr.  
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Weisk. Der Westuntergang. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ein gefundener Junge. Anfang 8 Uhr.  
Victoria. Die Venus von der Markt-Halle. Anfang 8 Uhr.  
Selle-Alliance. Gastspiel des Schiller-Theaters. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Urants. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.  
Laudenstr. 48/49. Im Theater: "Transvaal". Vorher: "Der dunkle Erdteil". Anfang 8 Uhr.  
Palast. Zusammen im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.  
Wassage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater**  
(Wollner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Richterin.**  
Schauspiel in 3 Akten nach G. v. Schiller.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Richterin.**  
**Central-Theater**  
Direktion: José Forenzy.  
**Die Geisha.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntagvormittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Fledermaus.** Von Johann Strauß.

**Carl Weiss-Theater**  
Gr. Frankfurterstraße 132.  
**Der Westuntergang.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorstellungsbüchlein haben Gültigkeit.  
Am Tunnel b. 7 Uhr ein Freikonzert.  
Sonntagabends 11 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise. Nichts.  
Dreißel. Sauerbrunnen mit Gefang.

**Palast-Theater**  
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
Das riesengroße neue  
**Dezember-Programm!**  
10 erstklassige Spezialitäten.  
Schauspiel: **Alfredo Truppe.** Stürmen!  
**Ein Morgen in Süd-Afrika.**  
Große uferlose Pantomime.  
Dazu die unvergleichliche, allabendlich mit großem Jubel  
aufgeführte **Gefangenen-Operette**  
**Susanne im Bade.**  
Anf. 7 1/2 Uhr. Rosenöffnung 6 1/2 Uhr.  
Bilder-Vorstellung von 11-1 Uhr.  
In Vorbereitung: **Lust von heute.**  
Vorstellungsbüchlein sind gültig und in allen Cigarren-Geschäften zu haben.

**Cirkus Busch.**  
Mittwoch, d. 6. Dez., abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Programm!**  
Zum 27. Male:  
**Die Camorra!**  
Von der geizigen Verke als das größte und unpopulärste Sensations-Schauspiel. Jahrhundertens sensation. Sturz d. Marquis Luigi Polacchi v. d. Hellenkoppe durch die Camorra aus einer Höhe von 150 Fuß!!  
Anderen:  
**Stach und Milton.**  
Matadore auf dreifachem Red. Mit Lala Les. Schrittmacher. Dressur-Spieler. Ballspielende Pferde. Jongle und Geigen auf dem Spielplatz.  
Morgen, Donnerstag, 7. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr: Großer Sports-Abend.  
Sonntag, den 10. Dezember, nachm. 4 Uhr: Scharer Musik mit feinsten dreifachen Orchester u. Olymp. Spiele.

**Neue Freie Volksbühne**  
Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr.  
im Schiller-Theater, Wallnertheater-Straße Nr. 35:  
Ordentliche Vereinsvorstellung:  
**Der Richter von Zalamea.**  
Schauspiel in 3 Akten von Calderon de la Barca.  
Mitglieder werden außer in den bekannten Jahrbüchern auch bei dem Kassierer **H. Neff, Georgenstraße 24a**, aufgenommen.  
Einschreibegeld 50 Pfennig. Vorstellungsbetrag 50 Pfennig. Monatsbeitrag 25 Pfennig. 150/20

**Urania**  
Taubenstraße 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
**Transvaal.**  
Vorher: **Der dunkle Erdteil.**  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags 5-10 Uhr.

**Passage-Panoptikum.**  
Neu!  
Anatomisch.  
Museum.  
Dienstags für Damen.  
**Passage-Theater**  
Beginn des Konzerts 6 Uhr, der Vorst. 7 Uhr. 15. erstklass. Deb.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Präsident von Transvaal  
„Ohm“ Krüger  
und  
General Joubert  
mit kriegsgestützten Boeren.  
Eine Gruppe von aktuellem Interesse!

**Thalia-Theater.**  
Tel. Amt IV 6440, Dresdenstr. 72/73.  
Die dritte Woche!  
**Der Plagymajor.**  
Thomas, Thielscher, Holmerding, Junkermann.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: **Der Plagymajor.**

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.  
Um 10 Uhr 30:  
**Liane de Vries.**  
Sigmund Steiner. Mirano. Mary Wolf. Brothers Ceado. Freres Kulper. Franç. Rivoli.  
The 5 Greenwoods.  
Um 8 Uhr 40:  
**Rund um Berlin.**  
Anfang 8 Uhr.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
"Teufels-Vogel".  
Tagesstoffe 11-1. Anf. präc. 7 Uhr.

**Cirkus Alb. Schumann.**  
Heute, Mittwoch, den 6. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr:  
Zum 18. Male:  
**Der erste Schläger der Saison!**  
Großes Ritterkavalkade  
**Schwarz und Weiss.**  
Die Original-Transvaal-Boeren.  
Die phänomenalen Andros - Golden - Hatten. Good Night, das Original-Beitpfed. Die drei. Gänge im Rindergarten! Tsching-Tsching, Schulstüb, Kunst-Orig. Creation, d. Dir. Alb. Schumann. Die 7 Engländer, Gittie-Parriere-Atroitäten. Clowns Rappo und Sullivan. Signal-Granade mit feinem dreifach. Kisa. Wille. Manja Bartowska. Enten-je & californien. Doppel-Jodler. Act. Gefährd. Todgint u. c.

**Apollo-Theater.**  
Zum letzten Male:  
**Frau Luna**  
mit dem Luftballett „Grigolati“. Ferner die neuen Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vorverkauf täglich im Theater, beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invaliden-dank“, Unter den Linden 24 I.

**W. Noacks Theater.**  
Seemannstraße 16.  
Der Raub der Sabinerinnen.  
Schwank in 4 Akten von Franz und Paul v. Schönthan.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

**Maehrs Theater**  
Oranienstr. 24.  
Freitag, den 8. Dezember ca. Auf vielfaches Verlangen!  
**Der Teiermann und sein Pflegekind.**  
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Bona haben Gültigkeit.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Täglich außer Sonnabnd:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Anf. Sonnt. 1/2, wochent. 8. Sonntag und Donnerstag nach der Solire Tanz. Donnerstag, 7. Dez., um 7 00. Mal: Venz. Liebe Venus. Jeder Besucher erhält den Text gratis.

**American-Theater.**  
Dresdenerstr. 56. Dir.: Emil Schnabl.  
Mlle. Darius Tableaux vivants und 10 erstklassige Debüt.  
„Berlin ulkt!“  
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

**Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben**  
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Besuites etc. werden unter Garantie des guten Stoffs zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneidegeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

**Lauscha.**  
Die Geossen aus Lauscha versenden  
**Glas-Christbaumzweige,**  
das Vollständigen unter Nachnahme franco für d. M., enthältend nur erstklassige, fein verarbeitete und bemalte Zweige, aus bester-berlin-Angeln, Glas, Gloden, Baumzweigen und Früchte aller Art usw. Als Beilage eine Bescheinigung Cigarrenspitze aus Glas mit der eingebannten Photographie von Bebel oder Liebknecht. Für völlige Zufriedenheit des Käufers wird garantiert. Man schreibt an **Guido Müller jun.**  
81350 Lauscha i. Th.

Naturheilverfahren  
**Ich heile**  
ohne Berufshörung alle Männer- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Blasenleiden. Naturgemäße Behandlung. 30450  
**Fr. C. Henke,**  
Rathenowstr. 49, i. Ecke Parlabergstrasse.  
Sprechstunden 9-2, 5-9, Sonntag 9-2. Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Prog.

**Lichtenberg-Friedrichsberg.**  
Donnerstag, 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Höflich, Frankfurter Chaussee 120:  
**Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Was können die Arbeiter von der hiesigen Orts-Krankenkasse verlangen? Referent Reichstagsabg. Arthur Stadthagen. 2. Kommunales. Um zahlreichen Besuch bitten 22/12 Der Einberufer.

**Achtung! Maurer Achtung!**  
**Charlottenburgs!**  
Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Grosse Versammlung**  
in der Gambrinus-Brauerei, Wallstr. 94.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Stellung des Arbeitgeberverbandes in der Arbeiter-Kommision gegenüber den Gewerkschaften. 2. Der Wert der Berufstätigkeit. 3. Berichterstattung der Delegierten von der letzten Konferenz. 4. Bericht der Gewerkschafts-Beitrag und Neuwahl derselben. 5. Bericht vom Gewerkschafts-Ausschuss und Neuwahl. NB. Kollegen! Da die Tagesordnung von großer Bedeutung ist, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. J. U.: **Wilhelm Schulze,** Postfach 73.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Druckfehler-Berichtigung.**  
Die in der gestrigen Nummer angekündigten Versammlungen finden nicht am Montag, sondern **heute, Mittwoch, den 6. d. M.,** statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Zimmerer. Achtung!**  
Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Versammlung der Platz-Deputierten**  
bei Lange, Dragonerstraße 15.  
Es ist unbedingt notwendig, daß von jeder Arbeitstätte ein Vertreter am Abend ist. Die Kommission.

**Gewerkschaftskartell für Berlin u. Umgeg.**  
Freitag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr.  
im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstraße Nr. 33:  
**Oeffentliche Versammlung der Delegierten.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Reichsamt-Vize **Viktor Fränkl** über: „Das bürgerliche Gewerkschafts-Verhältnis“. 2. Verschiedenes. Die dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften sind freundlichst eingeladen. 285/2  
**Der Ausschuss.**

**Achtung, Bauanschläger!**  
Freitag, 8. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Spiegelberg, Sebastianstraße 39:  
**Große öffentliche Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Unsere Lohnfrage. 2. Antrag der Lohnkommission. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. 19/5  
**Die Lohnkommission.**

**Marmor- und Granitarbeiter Berlins.**  
Heute, Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.  
Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlung und Abrechnung von der Lohnbewegung. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. 275/8  
Um recht zahlreichen Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

**Rixdorf.**  
Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gröpler, Bergstraße Nr. 147:  
**Volks-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Die am Heiligen Ort den 8. und 9. Dezember stattfindenden Gewerbe-gerichtswahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter **Gen. Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 205/2  
Hochachtungsvoll zeigt die Arbeiterkammer Rixdorfs durch harten Besuch der Versammlung, daß es Interesse an den Gewerbe-gerichtswahlen hat. **Der Vertrauensmann der Gewerkschaften Rixdorfs.**

**Ist Ihnen schon bekannt, dass Carola-Kaffee vorzüglich, dabei sehr billig ist?**  
1 Theelöffel genügt vollständig, um sich 2 Tassen vorzüglichem gesunden und zuträglichem Kaffee herzustellen. Halb Bohnen- und halb Carola-Kaffee liefert in Stärke und Geschmack ein ausgezeichnetes Getränk, trotz dieser Vorzüge kostet 1/2 Pfund Carola-Kaffee nur **30 Pfg.** Ueberall zu haben. 26341.\*

**Musik-Instrumente**  
jeder Gattung vom kleinsten bis zum vollkommensten, nebst einzelnen Teilen stets am Lager.  
**Eigene Fabrik und Reparatur-Werkstatt.**  
Violinen mit Bogen und Rosen von **10 Mk.** an. 31992\*  
**Robert Effner, Berlin O., Blumenstr. 77, I.**  
Kein Laden!

Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste  
**Waschmittel der Welt**  
ist **Dr. Thompson's Seifenpulver**

**Danksagung.**  
Für die zahllosen Beweise liebevoller Teilnahme sowie die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank. 12566  
**Der trauernde Gatte**  
Adolph Hagen u. Sohn.  
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben, unvergesslichen Bruders und Schwagers **Otto Wienicke** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Arbeitern und Arbeiterinnen der **Mfg. Elektrisch-Gesellschaft, Mt. Brunnenstraße**, unsern tiefgefühltesten Dank. 11566  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie für die reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines geliebten Vaters **Franz Benschneider** sage allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 12496  
**Ww. Benschneider nebst Kindern.**

**Umsonst erhalten Sie**  
100 Postwitzkarten oder 50 Künstlerkarten, wenn Sie 1 Sortiment **Gratulationskarten**, bestehend aus Seiden-, Zug- und Bücherkarten etc., elegant ausgeführt, für den Preis von **7,50 M.** pro 100 Stück; bei Abnahme von 300 Stück **13.-** Mark, von mir beziehen. Ausserst konkurrenzfähig. Reelle Geschäftsführung Prinzip. Versand gegen Nachnahme. 3141L\*  
**Luxuspapierfabr. S. Steinicke**  
BERLIN, Chorinerstr. 6.  
Kranzspende u. Valerios. Wägenfelder u. Wäntel preisb. 29182\* O. Hoffmann, Seemannstr. 14.

Die schönsten und passendsten  
**Weihnachts-Geschenke**  
sind gut gearbeitete 31529\*

**Steppdecken**  
Am besten und billigsten direkt in der Fabrik  
**Bernh. Strohmandel**  
Berlin S.,  
**72 Wallstr. 72,**  
wo auch alte Decken aufgearb. werden.

**Teilzahlung** monatlich 10 M. liefert elegante **Hörrengardrobe** u. Maß, Temporowski, Schneiderstr., Reudersstr. 16, II, an der Blumenstr. (Nah bei Rasia billige Preise) \*  
**Zahnschmerz**  
hohler Zähne beseitigt sicher sofort **„Kropps Zahnwatte“** (20 Proz. Carvaolwatte) a. Fl. 50 Pf. nur echt in plomb. Flasche. In allen Drogerien zu haben. Nimm nichts anderes, nur Kropp hilft sicher.

**Oberbruch-Waist-Gänse**  
erhalten wir täglich frisch geschlachtet und stellen solche zum billigen Preise zum Verkauf. 31492\*  
**A. Klein & Co.,**  
Markthalle Wedding, Stand 19.  
**Dr. med. Schaper,** homöop. Arzt, Spezialarzt für  
**Haut- u. Harnleiden**  
Frauen-Krankheiten.  
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.  
Homöopath. Poliklinik:  
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstraße 114, I.

# Auflösung.

Bis Weihnachten soll unter allen Umständen das Spielwaren-Lager gänzlich geräumt werden, daher wird ein Teil diverser Gegenstände das Stück für 10 und 25 Pfg., grosse Gegenstände ganz bedeutend höheren Wertes zu 1-3 Mk. verkauft.

**Damen-Wäsche:** Tag- und Nachthemden, Jacken, Matinés, Frisiermäntel etc. aus bestem Material, sauberster Arbeit, zu Aussteuern besonders geeignet, erstaunlich billig.

**Damen-Hemden** Stück 1,50, 1,00, 85 Pfg. und 65 Pfg.  
für den täglichen Gebrauch aus besten Stoffen gearbeitet.

**Beinkleider und Nachtjacken** aus Renforcé oder Barchent mit Stickerei oder Spitze 1,50, 1,25, 1,00, 90 Pfg.

**Herren-Hemden** in bester Ausführung Stück 2,00, 1,75, 1,50, 1,00 Mk.

**Kinderwäsche** enorm billig.

## Tricotagen.

Normal-Hemden . . . . . Stück 65, 85 Pf., 1,00, 1,50 Mk. etc.  
Normal-Beinkleider . . . . . 1,00, 1,25, 1,50 Mk. etc.

Ein grosser Posten **vorgezeichneter Tapissereien:** vollständige Gedecke, Tischtücher, Handtücher, Decken jeder Grösse, Brotbeutel, Vogelbauerdecken, Schlüsseltaschen etc.

Ein grosser Posten **hochfein dekoriertes Porzellane,** Dekorationsgegenstände u. Gebrauchsgeschirre zu Weihnachtsgeschenken besonders geeignet.

Auch kommen die bekannten bunt dekorierten Porzellangegegenstände, wie Töpfe, Tassen etc. wieder in **GROSSE** Auswahl II. Etage zum Verkauf.

**10 000** Paar Gummischuhe, sehr gutes Fabrikat, für Damen 2 Mk., für Herren 3 Mk.

**Reinleinenes Taschentücher** 1/2 Dtz. 85 Pfg.

# Magazin A. Lubasch.

**Frühstück-Suppen**  
**Gemüse- und Krautsuppen**  
**Bouillon-Kapseln**  
**Suppen-Würze**

**MAGGI**

stets vorrätig bei **A. Ramhold, vorm. E. W. Eifreich,**  
N. Prinzen-Allee 18, Ecke Bellermaunstrasse.

**Wein** zum Ausschank sehr geeignet! 310K

süss, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack, garantiert rein, 10 Ltr. M. 7,-, 100 Ltr. 65,-, Ochoff M. 120,-  
**Eugen Neumann & Co.,** Hollmannstr. 16, Amt IV. 9676

**Natur-Heilverfahren.**  
Gicht, Gicht- und Rheumatischen, Frauen-Krankheit, Heilt sicher ohne Verabreichung.  
**R. Wagner,** 9-25-9, St. 9-2

**Zähne 2 M.**

mit verstellb. Kopf u. Fehlt mit elast. Springfeder Polster, von 16,50 B. an, mit Verstellvorrichtung bis 55 B. **Eisene Bettstellen** für Erwachsene u. Kinder, 30082

**Chr. Hauffler,** Tapetier, Lothringersstr. 27.  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentl. 1 M.  
**Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 130, Sprechst. 9-7.

Passende **Weihnachtsgeschenke**  
**Verstellbare Schlafmöbel.**

**Bettsofas** ein- u. zweischläfrig, äusserst bequem zu Handhaben.  
**Bettstühle,** Chaiselonguebett

**Musikwerke.**

selbstspielend, neues u. reichhaltiges Programm, für Familien sehr amüsan, werden bei nur geringer Teilzahlung vergeben. Für Festlichkeiten leibschick.  
**J. Kurzberg,** Landsbergerstr. 13.

**Dr. Simmel** Horitzplatz, 1. Haus u. Aschinger 2 Treppen rechts  
**Spezialarzt (Gicht u. Rheumatischen),** 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

## Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**

**Gardinehaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 11006

**Betten, Teppiche, Steppdecken,** Gardinen sportbillig Pfandleiche Reinhardtstr. 6. 137/1

**Büchergeschäfte** Herrenschuhen aus feinsten Stoffen 9-12 Markt, Verkauf nur Sonnabend und Sonntag, Berlinhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7500

**Vorjährige elegante Winterpaletots** und Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Markt, Verkauf nur Sonnabend und Sonntag, Berlinhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7490

**Bettladröhr, Strohrohr, Bambus,** C. S. Kramer, Icht Wollstr. 16.

**Möbel auf Teilzahlung,** Teichmann, Ringenstr. 62. 11476

**Möbel, bar und Teilzahlung,** Billig, Frankfurter Allee 110, I. Ecke Köpenickerstr. 2878

**Pianino, billig, Gipsstr. 8,** Langstr. 1345b

**Fahrradhandlung** laufen familiäre Zubehör- und Nothteile, sowie Gebelle, gepaunte Räder sehr vorteilhaft, Fahrradartikel on-gros, Icht Ludwigerstr. 3, Odenberg. 135/19

**Fahrrad, Handgepans, Brauchmaschine, lebensdauer, sofort dringend sportbillig, Cigarettengeschäft, Köpenickerstr. 7. 150/1**

**Steppdecken** am billigen Hobbit Große Frankfurterstr. 9, parterre.

**Leppich, prachtvoller, Rameshof,** Große Frankfurterstr. 9. 135

**Angedruckte Damenhemden** mit hübscher Handstickerei, Weisswäcker, sonst tabellos, von 1,10 an. Grosse Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei, Wäschehandlung, Alexanderstr. 30, Haidenshaus 1. 2908

**Möbelsuchende** suchen Mahagoni- sowie Anbaumöbel, darunter Essentisch, Truhen, geschliffenes Glas 50, hochelegante Paneele, Elagieren-Tischen, Stoffsofas, hochfeine Tischdecken, Küchenmöbel sowie vollständige Wohnungseinrichtungen zu billigen Preisen. Reichowig, Mariannenstr. 7a. 295K

**Milch- und Kolonialwaren-Geschäft,** passend für einzelne Verkäufe, sofort verkauflich. Hohes Reichowig, str. 158, Milchladen. 1237b

**Metalldruckerei, 5 Bände, Dampf- betrieb, billig zu verkaufen, Wolf, Alie Jakobstr. 20. 1253b**

**Gebrauchte eiserne Ofen, Regal-Ofen, Spalt, Panzerbrand, in allen Größen, eiserne Ofen mit Holz und Holz, Kachelöfen mit Kacheln, Kronen, Ofen, Pfeiler, Doppelarme zu Gas und elektrisch, Schilder, Porzellan, Ausleger, zur Glöhen passend, billig Carl Kaufmann, Rittenhofstr. 19, am Ubban. 1218b**

**Schirme, nur eigener Fabrikat, billig, Reparaturen, Bezüge schnellstens, Gutmann, Bräuner Allee 4 und Königsplatz, 1221b**

**Winterpaletots, Anzüge, Re- montenarbeiten, Regulatoren sportbillig Pfandleiche Reinhardtstr. 6. 137/1**

**Polstermöbel** werden zu billigen Preisen geputzt sowie neu aufgepolstert. Tapetiermeister Lazarus, Anklamstr. 20. 2378

**Bereinszimmer** Simonstr. 23, II. 2458

**Bereinszimmer** empfiehlt Vier, Alie Jakobstr. 119. 288K

**Privat-Winogärtchen** von 12-3 Portion 35 Pf. Drausenstr. 178, I. Damen separate Zimmer. 2348

**Unfallschaden, Klagen, Eingaben** Wagner, Steglitzerstr. 65. 1235b

**Bereinszimmer** mit Piano für Gesangsvereine, Anklam, Reichowigstr. 146. 1248b

**Wörterbücher, Brochüren, Brehm** und andere wissenschaftliche Bücher kauf und beliebt Antiquariat Kochstr. 56 I. 2578

**Portiers.** Bedeutenden Nebenverdienst können sich Portiers größerer Fabrikanlagen durch Nachweisung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen schaffen. Strengste Diskretion. Offerten unter P. 5. an die Expedition dieses Blattes. 1198b

**Quittungs-Rechen und Kaufschaf** Stempel liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen und Rechen Jean Dolze, Hamburg, Große Drehbahn 45. Jahrsweise Preislisten gratis. 134/1

**Elektroschneid.** Grundliche Ausbildung zum praktischen Elektromonteur. 1. Dezember. Volta-Elektrotechnikum, Fischerstr. 10. 267K

**Quittungs-Rechen** jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstr. 56, 2. Hof parterre. 908b

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Variegentische, Mitte 30, früher** Bureau-Vorsteher, der Rechtsanwalt, gewandt in Schrift und Sprache und mit Sprachkenntnissen, sucht sofort Stellung. Offerten unter B. V. 1, Postamt N.W. 5. 1233b

**Stellenangebote.**

**120 Maurer** werden eingestellt, Bolter Kohl, Reichowigstr. 48. 290K

**Bilderrahmenmacher** verlangt Goldbleibenfabrik Kottbuser Wer 32.

**Gemeinarbeiter** verlangt Passarge, Reichowigstr. 5. 1252b

**Hardigmacher** verlangt P. Kluge, Gledingstr. 14. 1254b

**Steppdecken-Handnäherinnen** sucht Fern, Reichowigstr. 1. 149/18

**Arbeiterinnen** verlangen Gedr. Stewens u. Co., Charlottenburg, Salzgr. 2. 149/19

**Handnäherinnen** verlangt Lambrecht, Schillingstr. 28. 1212

**Holzboden-Arbeiterinnen, 50 bis** 60 Pfennig, verlangt Raumstr. 11a, 2. Etagenwohnung parterre. 1103

**Wachmädchen** verlangt Paul Just, Cigarettenfabrik Jostell, Fischerstr. 29. 1342b

**Diätetischen auf Steppdecken** und geschweifte Anlegekragen im und auhem Hause verlangt Treppe, Schillingstr. Allee 167a, Hofstr. gebäude IV. 1121

**50 Cigaretten-Arbeiterinnen** sofort gesucht, Cigarettenfabrik Jostell. 178/6

**Kumpenfortrierer** verlangt Raab, Frankfurter Chaussee 133. 1171b

**Schirmnäherinnen** erhalten dauernd lohnende Arbeit, Völkchenstr. u. Co., Bülowstr. 19. 128/2

**2. Redacteur** per 1. Januar gesucht. Offerten an Rud. Biedermann, Breslau, Alieustr. 45.

**Arbeitersekretär** gesucht 3198L

für **Altona - Ottenfen.**  
Antritt 1. Juli 1900. Gehalt 2000 B., steigend jährlich um 100 B. bis zum Höchstgehalt von 2500 B. pro Jahr. Bewerber müssen mit der Gewerkschaftsbewegung u. Sozialgesetzgebung durchaus vertraut sein, ihre bisherige Thätigkeit angeben, sowie einen Auftrag über den Wert eines Arbeitersekretariats abgeben und einreichen. Bewerbungen sind bis spätestens 15. Januar 1900 zu richten an **Gust. Mendorf,** Altona Ottenfen, Arnoldstr. 19/1, II.

**Achtung, Holzarbeiter!**  
Der Streit bei **Abels & Co.** dauert fort.  
**Achtung! Drechsler!**  
In den Maschinenwarenfabriken von **Gablit u. Comp.,** Sebaltsdorf 61, **Goldschmidt u. Comp.,** Ritterstr. 60, **Kosleit u. Pfeiffer,** Brüderstr. 7, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.  
**Zugzug fernhalten.**  
Die Erbsverwalter.

**Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.**

**Osten:**  
Robert Weigelt, Finkenstr. 30, 5.  
L. Vogel Rwe., Köpenicker 83.  
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.

**Nordosten:**  
J. Reul, Baumstr. 42.

**Norden:**  
W. Gohmann, Grünhaldenstr. 65.  
Karl Mars, Rosenthaler Allee 85/86.  
Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.  
L. Dehndt, Radebergstr. 24.  
H. Vogel, Demmlerstr. 32.  
H. Tietz, Invalidenstr. 124.

**Nordwesten:**  
Karl Anders, Eisengießerei 8.

**Südwesten:**  
F. Chuefornge, Bergmannstr. 23, 6. II.  
F. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

**Süden:**  
F. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8

**Südosten:**  
Fritz Thiel, Stallstr. 35.  
W. Geise, Brauergasse 58.  
Martin Weichs, Wollbergstr. 24.

**Centrum:**  
B. Garich, Gipsstr. 27.  
H. Tietz, Breitenstr. 23.

**Charlottenburg:**  
Gust. Schanzberg, Schillerstr. 94 I.

**Friedenau:**  
F. Bernice, Kirchstr. 15.

**Friedrichsberg:**  
Anton Kopp, Friedrich Kirchstr. 4

**Pankow:**  
Lummert, Florstr. 49.

**Rixdorf:**  
G. Oermann, Grätzstr. 6.  
G. Neheran, Demmlerstr. 50.

**Schöneberg:**  
Wilh. Bäumer, Apollon-Paradeplatz 13.

**Weissensee:**  
Geinrich Bachmann, Reberstr. 1.  
Julius Schiller, Köpenicker Allee 39a.  
Rob. Niederschwager, GutsMuths- str. 10.